

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Anhaltend hohe Industrieproduktion, Ausfuhr und Umsätze — Preise und Löhne steigend — Höchststand der Winterarbeitslosigkeit vermutlich überschritten — Rohstofflenkung in Vorbereitung

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Löhne, Lebenshaltungskosten, Preise — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Der Güterverkehr auf der Straße — Außenhandel

Die Insolvenzen im Jahre 1950

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Anhaltend hohe Industrieproduktion, Ausfuhr und Umsätze — Preise und Löhne steigend — Höchststand der Winterarbeitslosigkeit vermutlich überschritten — Rohstofflenkung in Vorbereitung

Die von den Weltmärkten ausgehenden Auftriebskräfte verleihen der österreichischen Wirtschaft nach wie vor starke Impulse. Industrieproduktion, Ausfuhr und Umsätze hielten sich auf einem hohen Niveau. Die Tendenz steigender Preise, die Ausweitung des Geldumlaufes, spekulative Nachfrageschwankungen sowie fühlbare Verknappungen von Rohstoffen (insbesondere Kohle) lassen jedoch erkennen, daß die Nachteile des internationalen Wettrennens an Bedeutung gewinnen.

Die Erkenntnis, daß die internationale Rüstungswirtschaft auch Österreich — obwohl es selbst nicht rüstet — mit dauernden Verknappungen, inflatorischen Auftriebstendenzen und Produktionseinschränkungen bedroht und dementsprechend besondere wirtschaftspolitische Maßnahmen erfordert, beginnt sich zögernd durchzusetzen. Man berät über die Beschaffung und Verteilung der vielfach bereits sehr knappen Rohstoffe, die Holzwirtschaft versucht, durch private Lenkung den Inlandsbedarf an Schnittholz zu sichern, und die zuständigen

Stellen forcieren — nachdem in den vergangenen Monaten viel günstigere Einkaufsmöglichkeiten versäumt worden sind — die Einfuhr wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel.

Während in den letzten Jahren nach Weihnachten regelmäßig ein stärkerer Preisdruck einsetzte, hielt heuer auch im Jänner die Tendenz steigender Preise an. Der Goldpreis stieg von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 11,1%, die Großhandelspreise stiegen um 3,8%, die Kleinhandelspreise um 0,6% und die Lebenshaltungskosten um 2,2%. Im Großhandel wurden u. a. Baumwolle, Wolle, Kautschuk, Leder, Zinn, Ziegel, Zement, Kohle, Koks und Brennholz teurer. Das Steigen des Lebenshaltungskostenindex war außer auf saisonbestimmte Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln vorwiegend auf höhere Preise für Oberbekleidung, Schuhe, Kohle, Brennholz und Glaswaren zurückzuführen.

Auch die Löhne blieben nicht stabil. „Lohnnachziehungen“ sind nicht mehr, wie zwischen dem ersten und dritten Preis-Lohn-Abkommen, nur Aus-

nahmen, um Härten der Lohnstruktur zu mildern, sondern Mittel zum Durchsetzen höherer Löhne überhaupt. So wurden im Dezember im Wege von Einzelverhandlungen in Teilen der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der Schuhindustrie, im Fleischwarengewerbe, im Handel sowie im Transportgewerbe die Löhne um durchschnittlich 5 bis 10% erhöht.

Die Erwartung stärkerer Verknappungen sowie das Steigen der persönlichen Einkommen (Weihnachtsremunerationen, 13. Monatsgehalt, erhöhte Verdienste) haben die private Nachfrage gegen Jahresende stärker belebt. Nachdem die *Einzelhandelsumsätze* bereits im November einen hohen Stand erreicht hatten, stiegen sie im Dezember in den Wiener Warenhäusern um weitere 92%, in den Konsumgenossenschaften um 50% und im gesamten Einzelhandel um 70%. Auch im Jänner war der Geschäftsgang im Einzelhandel entgegen dem Saisonverlauf bemerkenswert gut. Die spekulative Nachfrage konzentrierte sich vorwiegend auf Textilien und Bekleidungsgegenstände, da gerade in dieser Sparte Qualitätsverschlechterungen, Preissteigerungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen befürchtet werden. Hingegen lag die Nachfrage nach Fett unter dem laufenden Bedarf, da die Konsumenten vor Weihnachten auf Vorrat gekauft hatten und ihre Lagerbestände aufbrauchen.

Das Steigen von Einkommen, Preisen und Nachfrage hatte im letzten Quartal 1950 eine übersaisonnmäßige Ausweitung des *Zahlungsmittelumlaufes* zur Folge. Der Notenumlauf stieg in den Monaten Oktober bis Dezember um 60 Mill. S, 250 Mill. S und 175 Mill. S. Er lag damit zu Jahresende um 628 Mill. S höher als zu Jahresbeginn. Anfang Jänner trat zwar — hauptsächlich infolge des Rückganges der Devisenbestände — eine stärkere Entlastung ein. Sie dürfte jedoch kaum von Dauer sein, da die im Dezember freigegebenen 700 Mill. S Counterpart-erlöse nach und nach in den Umlauf strömen und die Kreditnachfrage der Wirtschaft infolge höherer Preise und Umsätze steigt.

Besonderes Interesse beansprucht nach wie vor der *Außenhandel*. Im Dezember wurden Waren im Werte von 7571 Mill. S exportiert, d. s. etwa 140% des Ausfuhrvolumens vom Jahre 1937. Der Ausfuhrwert war um 76 Mill. S niedriger als im November, obwohl saisonbedingt eine stärkere Steigerung zu erwarten gewesen wäre. Der leichte Rückgang beruht jedoch vorwiegend auf einer vorübergehenden Schrumpfung des Handelsverkehrs mit Deutschland (Verzögerung der Ratifizierung des Handelsvertra-

ges) und läßt daher nicht auf eine Tendenzumkehr schließen. Gleichzeitig gingen die Gesamteinfuhr (einschließlich ERP-Lieferungen) um 242 Mill. S (auf 8275 Mill. S) und das Gesamt„defizit“ in der Handelsbilanz um 166 Mill. S (auf 704 Mill. S) zurück.

Ein Überblick über den gesamten Außenhandel des Jahres 1950 zeigt bemerkenswerte Ergebnisse. Die Ausfuhr erreichte 3261 Mill. \$¹⁾ d. s. trotz der starken Belebung in den letzten Monaten nur um 402 Mill. \$ oder 14% mehr als im Jahre 1949. Die Gesamteinfuhr (einschließlich ERP-Lieferungen) lag mit 4831 Mill. \$ um 1086 Mill. \$ unter der des Jahres 1949, so daß die Handelsbilanz²⁾ nur noch mit 1570 Mill. \$ passiv war gegen 3058 Mill. \$ im Jahre 1949. Da im Dienstleistungsverkehr dank der guten Fremdenverkehrssaison ein größerer Überschub erzielt wurde³⁾, dürfte das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz nur etwa 130 Mill. \$ betragen haben — endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor — gegen 290 Mill. \$ im Jahre 1949.

Das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz hat sich demnach um 160 Mill. \$ vermindert, während die Auslandshilfe nur um 96 Mill. \$ zurückging (von 298 Mill. \$ auf 202 Mill. \$). Der Unterschied ist teilweise darauf zurückzuführen, daß ein Teil der laufenden Deviseneingänge in Form kurzfristiger Auslandsguthaben angelegt und Auslandskredite zurückgezahlt werden. Außerdem dürften unterschiedliche Zahlungsfristen im Außenhandel eine größere Rolle spielen. Während im Export noch längere Ziele gewährt werden, sind im Import vielfach Vorauszahlungen notwendig, um den Bezug wichtiger Rohstoffe zu sichern.

Das verhältnismäßig niedrige Zahlungsbilanzdefizit sowie die Vermehrung der kurzfristigen Auslandsguthaben lassen indessen nur sehr bedingt auf eine geringere Abhängigkeit von ausländischer Hilfe schließen, da sie zu einem beträchtlichen Teil mit einem Rückgang der Gesamteinfuhr erkaufte wurden. Insbesondere die Importe an Rohstoffen, aber auch an wichtigen Nahrungsmitteln waren im zweiten Halbjahr 1950 bei weitem nicht bedarfsdeckend, so daß gerade in einer Zeit, in der andere Staaten möglichst viele Rohstoffe und Nahrungsmittel einkauften, Österreich von Lagerbeständen zehrte.

¹⁾ Die Bilanz wurde in Dollar erstellt, da die Schillingwerte infolge der Wechselkursanpassung ein verzerrtes Bild ergeben.

²⁾ Ohne Stromlieferungen und private Hilfslieferungen.

³⁾ In den ersten drei Quartalen 1950 war die Dienstleistungsbilanz (einschließlich Stromlieferungen) bereits mit 20 Mill. \$ aktiv.

Erst gegen Jahresende begann man in größerem Umfange Rohstoffe einzukaufen. Die hohe Inanspruchnahme der „Ausgangsposition“ im Dezember von 19 Mill. \$ — im ganzen dritten Quartal 1950 waren nur 8 Mill. \$ verwendet worden — sowie die starke Abnahme des Devisenbestandes der Nationalbank um 135 Mill. S in den ersten drei Jännerwochen lassen erkennen, daß die Importpolitik bemüht ist, das Versäumte nach Möglichkeit aufzuholen und die Rohstoffversorgung der Wirtschaft zu sichern.

Die hohe ausländische Nachfrage verlieh auch der *Industrieproduktion* einen stärkeren Auftrieb. Der Produktionsindex ist von 150'4 (1937 = 100) im Oktober auf 161'9 im November gestiegen und dürfte auch im Dezember trotz saisonbestimmten Rückschlägen nur wenig unter dem bisherigen Nachkriegshöhepunkt vom November gelegen sein. Produktionseinschränkungen aus Rohstoffmangel waren bisher nur vereinzelt — vorwiegend in der eisenverarbeitenden Industrie — zu beobachten.

Der *Arbeitsmarkt* war durch eine weitere saisonmäßige Anspannung gekennzeichnet. Im Dezember ging die Zahl der Beschäftigten um 67.800 zurück, während die Arbeitslosigkeit um 64.300 zunahm. Mitte Jänner wurden bereits 219.400 verfügbare Stellensuchende gezählt, um 30.000 mehr als im bisherigen Nachkriegshöhepunkt (Februar 1950). Dank dem Anlaufen des Notprogrammes in Höhe von 150 Mill. S und der Vorverlegung öffentlicher Bauaufträge gelang es jedoch, in der zweiten Jännerhälfte die Zahl der Arbeitslosen stabil zu halten, obwohl in dieser Jahreszeit noch mit einer weiteren Steigerung zu rechnen war.

Mit dem Fortschreiten der internationalen Rüstungswirtschaft treten vor allem zwei schwierige Probleme in den Vordergrund: Die Sicherung eines erträglichen Verhältnisses zwischen Preisen und Löhnen sowie die Sorge um eine ausreichende Rohstoffversorgung.

Der anhaltende *Preisauftrieb* hat bereits in den letzten Monaten neue Spannungen zwischen Preisen und Löhnen ausgelöst. Hält man sich vor Augen, daß die von den Weltmärkten ausgehenden Preissteigerungen für Industrieprodukte erst teilweise auf die Letztverbraucher überwältzt wurden, daß das Ausweichen auf Ersatzprodukte sowie unregelmäßige Rohstofflieferungen die Produktion stören und die Gesteungskosten erhöhen, sowie schließlich, daß die im vierten Preis-Lohn-Abkommen mühsam geschaffene Agrarpreisstruktur zu einer Korrektur nach oben drängt, so muß der kommenden Entwicklung von Preisen und Löhnen mit einiger Besorgnis ent-

gegengeblickt werden. Ein Ausgleich der Interessengegensätze scheint um so schwieriger, als der Staatshaushalt kaum nennenswerte Reserven enthält und daher, im Gegensatz zum vierten Preis-Lohn-Abkommen, keine zusätzliche Belastung übernehmen kann, ohne daß das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gestört wird.

Die äußerst labile Preis-Lohn-Situation wirft da und dort die Forderung auf, die österreichischen Währungsbehörden sollten nach dem Vorbild anderer Staaten versuchen, den von der internationalen Rüstungskonjunktur ausgehenden inflatorischen Auftrieb durch kreditpolitische Maßnahmen zu dämpfen. Ob sich ein ähnliches Vorgehen auch in Österreich empfiehlt, ist jedoch fraglich, da keineswegs ein *allgemeiner* Nachfrageüberschuß, sondern vielmehr eine starke Verzerrung der Preis- und Einkommensstruktur besteht. Beschränkte man unter diesen Umständen die Nachfrage generell — was in der Regel durch kreditpolitische Maßnahmen geschieht — könnten leicht ungünstige Rückwirkungen auf Beschäftigung und Investitionsvolumen eintreten.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Preispolitik die Hauptlast der Erhaltung stabiler Preise und Löhne zu tragen hat, wenn auf eine Politik des knappen Geldes verzichtet wird. Entscheidet sich die Wirtschaftspolitik für ein hohes Investitionsvolumen und für Vollbeschäftigung, so muß sie gleichzeitig darauf bedacht sein, daß gewerbliche Unternehmer, Landwirte und Lohn- und Gehaltsempfänger freiwillige Gewinn-, Preis- und Lohndisziplin halten, oder sie muß Preise und Löhne amtlich regeln und ein umfassendes System direkter Lenkungsmaßnahmen aufbauen.

Die *Rohstoffschwierigkeiten* sind in erster Linie die Folge der hohen Preise und Verknappungen auf den Weltmärkten, die gerade die stark importabhängige österreichische Wirtschaft besonders treffen. Außerdem wird jedoch die Verknappung durch den Abstand zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen zusätzlich verschärft. Obwohl die Großhandelspreise seit Mitte Juni 1950 um 22% und die Lebenshaltungskosten um 14% gestiegen sind, haben die österreichischen Preise vor allem bei wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten mit der Entwicklung auf den Weltmärkten nicht Schritt gehalten. Die Weltmarktpreise für Holz, Papier, Eisen, Stahl, Schrott und Häute liegen bedeutend, vielfach um das Doppelte über den entsprechenden Inlandspreisen. Gleichzeitig bestehen auch bei Agrarprodukten noch stärkere Preisdisparitäten, obwohl sich deren Weltmarktpreise in letzter Zeit nur wenig verändert haben.

Das Auseinanderklaffen zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen begünstigt den Rohstoffexport und verschärft damit die Knappheit im Inland. Besonders deutlich ist dies bei Schnittholz zu erkennen, dessen Ausfuhr im Jahre 1950 fast das Doppelte vom Jahre 1949 erreichte, während es gleichzeitig auf dem Inlandsmarkt immer knapper wird. Aber auch bei anderen Rohstoffen und Halbfabrikaten ist der Exportsoß so stark, daß die inländische Nachfrage nur teilweise und zu stark steigenden Preisen zum Zuge kommt. Gleichzeitig erschwert das künstliche Tiefhalten der Inlandspreise den Import wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel, sofern nicht die Differenz zwischen hohen Weltmarktpreisen und niedrigen Inlandspreisen den Importeuren in Form von Subventionen vergütet wird.

Bestünde ein freier Welthandel, so wäre zu erwägen, die Inlandspreise den Weltmarktpreisen anzugleichen und Verzerrungen der Einkommensstruktur durch steuerliche Maßnahmen zu glätten. Da aber die wichtigsten Handelspartner ihren Außenhandel behördlich kontrollieren, kann auch die österreichische Wirtschaft nicht darauf verzichten, *Rohstoffe und andere knappe Güter zu „lenken“*¹⁾. Das bedeutet nicht notwendigerweise, daß ein neuer umfangreicher Behördenapparat aufgezogen werden muß. Entscheidend ist weniger das juristische Kleid und die organisatorische Form, als die klare Umschreibung und konsequente Durchsetzung der als zweckmäßig erachteten Rohstofflenkung.

Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört, daß knappe Rohstoffe nach Möglichkeit Verwendungsbereichen zugeführt werden, wo sie Beschäftigung und Sozialprodukt am kräftigsten zu fördern versprechen. Vereinzelt Arbeiterentlassungen infolge unzureichender Rohstoffversorgung lassen bereits erkennen, daß weitere Verknappungen die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes äußerst erschweren

würden, um so mehr, als Österreich nicht wie andere Länder eine Rüstungsindustrie aufbaut oder ausdehnt.

Die beschäftigungspolitischen Ziele der österreichischen Rohstofflenkung müssen besonders hervorgehoben werden, da USA, England und Frankreich ein internationales Bewirtschaftungssystem organisieren, das offensichtlich den Zweck verfolgt, den Rüstungsbedarf der Atlantikpaktmächte vorweg zu befriedigen und den zivilen Verbrauch knapper Rohstoffe möglichst einzuschränken. Die konsequente Verfolgung dieses Prinzips wird die Beschäftigung dieser Länder nicht beeinträchtigen, da sie ihre Produktion weitgehend in den Dienst der Rüstung gestellt haben. Auf Österreich angewandt müßte es jedoch katastrophale Folgen haben, da die heimische Fertigwarenindustrie vorwiegend für den zivilen Inlandsbedarf arbeitet. Es wird Aufgabe der österreichischen Vertreter bei internationalen Organisationen sein, die besondere Lage der österreichischen Wirtschaft verständlich zu machen und ihr jene — am Weltbedarf gemessen äußerst geringen — Rohstoffbezüge zu sichern, die für die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus unerlässlich sind.

Im übrigen werden die Bemühungen um ausländische Rohstoffe um so eher Erfolg haben, je mehr Österreich eigene Rohstoffe als Tauschobjekt anbieten kann. Die Lenkung heimischer Rohstoffe darf daher nicht dazu führen, daß die (bei künstlich gedrückten Preisen) überhöhte Inlandsnachfrage nach heimischen Rohstoffen unter allen Umständen voll befriedigt und nur ein etwa verbleibender Überschuß exportiert wird. Es sollte vielmehr angestrebt werden, den inländischen Verbrauch wichtiger heimischer Rohstoffe auf das Notwendigste einzuschränken, damit im Rahmen von Handelsvertragsverhandlungen Kompensationsobjekte für dringende Importe bereitstehen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 28–29

Von Ende Februar bis Ende September 1950 hat sich das *Geldvolumen*²⁾ von Monat zu Monat ziemlich stetig (im Monatsdurchschnitt um 206³ Mill. S) ausgeweitet. Bei nur wenig verändertem

¹⁾ Eine gewisse Preiselastizität wird sich dennoch empfehlen, da sie die Lenkung erleichtert und gleichzeitig einen Anreiz bietet, die Produktion von Mangelartikeln auszudehnen.

²⁾ Banknotenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank — ohne jene an Kreditinstitute — plus Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten.

Notenumlauf haben vor allem die Scheckeinlagen stark zugenommen. Ab Oktober hat sich diese Entwicklung umgekehrt: Die Scheckkonten wuchsen nur noch langsam, dagegen begann der Banknotenumlauf stark zu steigen. Im November haben die Scheckkonten sogar (um 54 Mill. S) abgenommen, während sich der Banknotenumlauf um 251 Mill. S erhöhte. Das Geldvolumen stieg im November um 1427 Mill. S (auf 14.288 Mill. S) und überschritt damit den Stand zu Jahresbeginn (Ende Dezember 1949) um 1.356 Mill. S oder 10,5%.

Obwohl über die Scheckkontenbewegung im Dezember noch keine statistischen Daten vorliegen, kann man annehmen, daß die Entwicklung des Geldvolumens tendenziell und strukturell jener im Oktober und November ähnlich war. Jedenfalls hat der *Banknotenumlauf* wiederum beträchtlich (um 175 Mill. S) zugenommen, wobei berücksichtigt werden muß, daß eine sehr viel stärkere Ausweitung lediglich dadurch verhindert wurde, daß die Bewegung auf den Counterpartkonten im Dezember mit einem außergewöhnlich hohen Einzahlungssaldo (471 Mill. S gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 20 Mill. S in der Zeit von Jänner bis November 1950) abschloß. Im Dezember hat die Nationalbank allein für 618 Mill. S Wechsel refinanziert, wovon nur die Hälfte aus Aufbauwechslern bestand. Außerdem haben die Kreditinstitute (per Saldo) den Gegenwert von 11 Mill. S Liquiditätsstützung-Schatzscheinen (nach § 27 W.Sch.G.) sowie von 50 Mill. S Besatzungskosten-Schatzscheinen (nach § 2, I b, der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz) in Notenbankgeld erhalten. Schließlich hat die Nationalbank ihr zur Währungsdeckung ausgewiesenes Wechselportefeuille um weitere 44 Mill. S (auf 449 Mill. S, d. i. 311,8% des Kontostandes Ende Dezember 1949) erhöht, was ebenfalls umlauferweiternd wirken mußte.

Es wurde schon oben erwähnt, daß ein Teil der das Geldvolumen ausweitenden Kräfte durch außergewöhnlich hohe Counterparteingänge kompensiert wurde. Ein weiterer Teil wurde sterilisiert, indem die Kreditinstitute ihre Barreserve bei der Nationalbank (freie Giroverbindlichkeiten an Kreditinstitute) um 130 Mill. S erhöhten. Schließlich wirkten einige kleinere Veränderungen in den Positionen des Nationalbankausweises (Teilmünzenbestand plus 2 Mill. S, Forderung an den Bundesschatz minus 6 Mill. S) umlaufeinschränkend.

Die öffentlichen Stellen haben im Dezember 60 Mill. S von ihren freien Nationalbankguthaben abgezogen. Dies hat zwar ebenfalls den Banknotenumlauf erhöht, bedeutete aber am Ende nur eine innere Verschiebung im Geldvolumen.

Abgesehen von der noch unbekanntenen Scheckkontenentwicklung hat sich also im Dezember die seit Oktober beobachtete Tendenz einer starken Zunahme des Notenumlaufs und einer relativen und absoluten Abnahme des Buchgeldes¹⁾ — bei langsam steigendem Geldvolumen — fortgesetzt.

Diese Entwicklung bedeutet eine zunehmende Zahlungskraft des Geldvolumens. Sie hat nicht nur

¹⁾ Die freien Guthaben (jene der Banken ausgeschlossen) bei der Nationalbank sinken schon seit Ende August stetig.

saisonbedingte Ursachen, sondern dürfte auch von dem nach den vier Preis-Lohn-Abkommen erhöhten Bargeldbedarf (Finanzierung der sowohl in der Preis- als auch in der Lohnsphäre erhöhten Umsätze) sowie von einer in der Angebots- und Nachfrageentwicklung begründeten Verschiebung in den Zahlungsgewohnheiten ausgehen (zunehmende Knappheiten — bei relativ niedrig gehaltenen Preisen — bedeuten in der Regel zunehmende Verschiebung zur Barzahlung). Sicherlich waren auch (im November und Dezember) saisonmäßige Faktoren wirksam (erhöhter Bargeldbedarf für 13. und 14. Gehälter, Weihnachtsremunerationen, Jahresultimo), aber gerade diese wurden weitgehend durch die Erlöskontenbewegung und durch die Reserveerhöhung der Kreditinstitute kompensiert.

Kurz vor Weihnachten hat die ECA die letzte zum Freigabeprogramm 1950 gehörige Tranche aus dem ERP-Counterpartkonto freigegeben. Die Freigabe betrug 700 Mill. S, darunter 58 Mill. S zur Bekämpfung der winterlichen Arbeitslosigkeit. Die Abbuchung der Freigabe aus dem Counterpartkonto wurde im Dezember nicht mehr durchgeführt.

Im einzelnen teilt sich die Freigabe wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftszweige auf:

	in Mill. S
Post- und Telegraphendienst	15'060
Straßen und Brücken	15'000
Elektroenergie	128'500
Kohlenbergbau	25'000
Eisen- und Stahlerzeugung	84'400
Nichteisenmetallindustrie	12'000
Elektroindustrie	14'150
Chemische Industrie	23'100
Eisenverarbeitende Industrie	27'100
Glasiindustrie	8'440
Textilindustrie	2'743
Holzindustrie	9'500
Papierindustrie	70'165
Bau- und Baustoffindustrie	7'300
Lederindustrie	1'000
Graphische Industrie	5'700
Gewerbe	2'000
Landwirtschaft	45'000
Forstwirtschaft	13'000
Arbeiterwohnhausbau	11'000
Fremdenverkehr	25'150
Sägefachschule Kuchl	1'000
Winternotprogramm 1950/51	58'277
(Arbeitsbeschaffung)	
Noch nicht spezifiziert	95'415
Insgesamt	700'000

Ohne Berücksichtigung der von der Nationalbank kreditierten Regierungserläge²⁾ sind im Jahre

²⁾ Für Price-Gap-Subventionen und Time Lag (Verzögerung im Einlauf der Erlöse).

1950 auf das ERP-Counterpartkonto 2.884 Mill. S eingelaufen; die Ausgänge (abgebuchte Freigaben und ECA-5%-Anteil) betragen 2.330 Mill. S, d. i. um 554 Mill. S weniger als die Eingänge.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* sind im November um 36 Mill. S (von 9.350⁴ auf 9.314⁸ Mill. S) gefallen, was auf die bereits besprochene Abnahme der Scheckkonten um 54 Mill. S zurückzuführen war. Der Spareinlagenzuwachs war im November wieder geringer als im Vormonat, er betrug nur noch 18 Mill. S.

Auf dem *Aktienmarkt* kam der seit Ende September beobachtete Kursrückgang von Mitte Dezember 1950 bis Mitte Jänner 1951 zum Stillstand; das Kursniveau von Jänner liegt (nach dem Kursindex von 36 Industrieaktien) mit 245¹ (März 1938 = 100) geringfügig über jenem von Dezember (244⁷) und um 11¹% über dem bisherigen Tiefstand (August 1950 220⁷). Die Stabilisierung des Gesamtniveaus war ausschließlich auf ein Anziehen der Aktienkurse verstaatlichter Unternehmungen (um 9³%) zurückzuführen, während die sinkende Kurstendenz bei den Papieren nichtverstaatlichter Gesellschaften weiter anhielt¹.

Auf dem Markt der *Anlagepapiere* fiel auf, daß der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 — aus den im vorigen Bericht angedeuteten Gründen — bis Mitte Jänner weiter anzog (von 39⁵⁰ S auf 43⁰⁰ S pro 100 S Nominale). Die Aufbauanleihe 1949, deren Kurs seit Oktober unverändert 86⁵ betragen hatte, erreichte Mitte Jänner mit 87 den höchsten Kurs seit Einführung in den Börsenverkehr. Der Kursindex der festverzinslichen Werte änderte sich nur wenig (Index Mitte Jänner 88⁸ gegen 88⁵ Mitte Dezember 1950; 28. März 1945 = 100).

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 30—32

Die *Lohnbewegung* hielt auch in der Berichtsperiode an. In vielen Wirtschaftszweigen fanden Lohnverhandlungen — meist unter dem Titel „Nachziehung“ — statt und in folgenden Branchen wurden die Löhne erhöht:

¹) Im Vormonat waren die Aktienkurse verstaatlichter Unternehmungen viel stärker gesunken als die der nichtverstaatlichten. Die Kursverbesserung bei verstaatlichten Unternehmungen von Mitte Dezember bis Mitte Jänner kann eine entsprechende Korrektur darstellen, kann aber auch mit einer Interpellation im Nationalrat über das Entschädigungsproblem bei verstaatlichten Betrieben zusammenhängen.

Textil- und Bekleidungsindustrie:

Strick- und Wirkwarenindustrie, Weber und Spinner der Woll- und Baumwollindustrie, Band- und Flechtwaren-, Gummiwebwaren- und Posamentenindustrie (ohne Tirol und Vorarlberg), Gummioberbekleidungsindustrie	
(ohne Salzburg und Vorarlberg)	10—16%
<i>Schuhindustrie</i>	7%
<i>Fleischwarenindustrie und Fleischwarengewerbe</i>	8 ⁵ %
<i>Handel (Arbeiter)</i>	2—6%
<i>Spedition und Transport (ohne Wien)</i>	10%

Lohnverhandlungen finden in einzelnen Branchen der Lebensmittelindustrie (Back- und Puddingpulver, Essig und Likör), in der Ziegelindustrie Kärntens und Tirols und immer noch im Kleidermachergewerbe statt. Der Index der *Arbeiternetto-tariflöhne*²) stieg infolge Erhöhung der Weberlöhne von Mitte Dezember 1950 auf Mitte Jänner 1951 um 0⁷% (von 522⁵ auf 526¹; April 1945 = 100).

Der *Arbeiternettoverdienstindex*, der von September 1950 auf Oktober (infolge des vierten Preis-Lohn-Abkommens und nebenher laufender „Lohnnachziehungen“, weiters längerer Arbeitszeit sowie vielleicht auch durch übertarifmäßiger Entlohnung in einzelnen Betrieben)³) um 22⁴% gestiegen war, erhöhte sich im November um weitere 1⁴% (auf 508⁸). Relativ stark sind dabei die Verdienste der Arbeiterinnen (längere Arbeitszeit) gestiegen, während die Arbeiterverdienste fast unverändert blieben.

Entgegen der Saisonbewegung sind die *Preise* im Jänner weiter gestiegen. Nur vereinzelt kam es zu Abschwächungen, die jedoch die Aufwärtsbewegung des allgemeinen Preisniveaus nur unbedeutend verlangsamen. Die Hauptursache des Preisauftriebes sind nach wie vor die Preissteigerungen auf den Weltmärkten, die sich allmählich auch auf die inländischen Fertigwarenpreise auszuwirken beginnen. Die Überwälzung der höheren Rohstoffkosten auf die Verbraucherpreise wird dadurch erleichtert, daß das Angebot infolge unzureichender Importe knapper wird, während die Nachfrage vielfach spekulativ steigt. Insbesondere Textilien werden auf Vorrat ge-

²) Der Index ist im Jänner rückwirkend geringfügig revidiert worden, da einige Daten über vor einiger Zeit durchgeführte Lohnkorrekturen jetzt erst bekannt wurden.

³) Bei der gegenwärtigen Preiskonjunktur, insbesondere im Export, setzen die Arbeiter in einzelnen Betrieben Stundenlohnzuschläge durch, die — da auf die konjunkturbevorzugten Betriebe beschränkt — nicht kollektivvertraglich festgelegt werden.

kauft, da man befürchtet, daß Textilien wieder bewirtschaftet werden.

Die steigende Preistendenz war auf dem Sektor der reagiblen Preise besonders ausgeprägt; insbesondere Wertaufbewahrungsmittel wurden teurer. So stieg der freie Goldpreis im Wiener Dorotheum von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 11% (von 720 auf 800; März 1938 = 100) und erreichte damit fast wieder den Höchststand des Vorjahres (August 810). Auch der Silberpreis stieg um 3,9% und stand Mitte Jänner in gleicher Relation zum Gold wie i. J. 1938. Diamanten erzielten ebenfalls höhere Preise und die „schwarzen“ Devisenkurse stiegen von Ende November 1950 bis Ende Dezember um 4,3%.

Die *Großhandelspreise* sind nach dem Index des Statistischen Zentralamtes von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 3,8% (von 610 auf 633; März 1938 = 100) gestiegen. Die Preiserhöhungen fanden fast ausschließlich auf den Märkten für Industriestoffe statt (plus 8,2%), während der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel fast unverändert blieb (552 gegenüber 549)¹⁾. Im einzelnen stiegen die Preise von Baumwolle um 3%, Wolle um 4,4%, Sohlenleder um 27,7%, Rindoberleder um 27,6%, Kalb- oberleder um 28,5%, Kautschuk um 23% und Zinn um 1,3%. Die von Westdeutschland durchgeführte Preiserhöhung führte zu Verteuerungen der Ruhrkohle im Inland (um durchschnittlich 12%); auch der Gas- und Hüttenkokspreis wurde erhöht (um 10,5%). Auf dem Baustoffsektor stiegen die Zementpreise (um 13,8%) und die Ziegelpreise (um 12,7 bis 16,1%), wohl hauptsächlich infolge der Kohlenpreis- und Lohnerhöhungen im letzten halben Jahre. Der höhere Zementpreis wird ohne Zweifel — infolge anhaltend hoher Nachfrage — effektiv sein; beim Ziegelpreis werden wahrscheinlich nur die Betriebe, die in den Bedarfszentren liegen, auch tatsächlich die erhöhten Preise realisieren können, falls nicht doch eine starke Nachfrageerhöhung (Bauprogramm, Vollbeschäftigungspolitik) im Laufe der Bausaison eintritt. Auch die Holzpreise zeigen weiter steigende Tendenz, was insbesondere auf den Exportboom zurückzuführen ist; der Brennholzpreis stieg um 5,8%.

Der Benzinpreis wurde in der Berichtsperiode dadurch weiter erhöht, daß die Benzinbezugsmarken nunmehr 70 Groschen statt wie bisher 50 Groschen pro Liter kosten. Preiserhöhungen wurden angekündigt für Zellwolle, Schuhe, Schrott und Elektromotoren. Ebenso sollen Baumwollgarne — bei

¹⁾ Lediglich die Futtermittelpreise zeigten weiter steigende Tendenz; Hafer wurde um 6%, Mais um 5,8% teurer.

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Qualitätsverschlechterung — um 30% teurer werden (teilweise ist diese Erhöhung bereits durchgeführt). friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) stieg von Mitte Dezember 1950 bis Mitte Jänner 1951 um 2,2% (von 508,3 auf 519,4; März 1938 = 100). Auf dem Gebiete der Ernährung stiegen — teilweise saisonbedingt — die Preise für Gemüse (Spinat um 35%), Speckfild (um 3%) und Schweinefleisch (um 5%). Reis, Rindfleisch, Kalbfleisch und Hülsenfrüchte wurden etwas billiger. Die Eierpreise sanken — nach größeren Importen sowie infolge des relativ warmen Wetters (früher Beginn der Legetätigkeit) — um 13%. In den übrigen Bedarfsgruppen erhöhten sich die Preise für Ober- und Unterbekleidung um durchschnittlich 10%, für Schuhe um 5%, für polnische Kohle um 6%, Ruhrkohle um 12%, Brennholz um 21% und für Glaswaren um 20%.

Seit September 1950 (unmittelbar vor Abschluß des vierten Preis-Lohn-Abkommens) ist der Index um 12,9% gestiegen. Während der Index unmittelbar nach dem Abkommen die Lebenshaltungskosten-erhöhung nicht voll widerspiegelte, übertreibt er nunmehr die sekundären Auswirkungen sowie die weltmarktpreisbestimmten Verteuerungen. Auch bei Schuhen, Seife und Waschmitteln fanden weitere Preiserhöhungen statt, die sich im Februarindex auswirken werden.

Für Februar ist mit weiteren Preiserhöhungen auf verschiedenen Gebieten zu rechnen. So ist z. B. der Preis des im Index enthaltenen Gaskokses bereits um 18% erhöht worden, aber erst mit Wirkung vom 19. Jänner (Stichtag der Indexberechnung ist aber Monatsmitte). Auch eine Erhöhung des Bierpreises wurde angekündigt. Es soll zwar gleichzeitig eine billige Biersorte eingeführt werden, deren Preis sogar etwas unter dem jetzigen Bierpreis liegt. Es handelt sich jedoch um Bier geringerer Grädigkeit, das mit dem Bier des Jahres 1938 schlechter vergleichbar ist als das Vollbier und daher nicht in den Index aufgenommen wird.

Andererseits ist — wenn auch noch nicht im Februar, so doch ab März — mit stärkeren saisonmäßigen Preisrückgängen zu rechnen, die kompensierend wirken werden. Gegenwärtig spielen die Saisonverkäufe, die (trotz hoher Nachfrage durch Vorratskäufe) zu teilweise sehr niedrigen Preisen durchgeführt werden²⁾, eine ausgleichende Rolle.

²⁾ Die starke effektive Nachfrage hat allerdings bewirkt, daß weniger Geschäfte als im Vorjahr solche Ausverkäufe vornehmen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 33.

Während die *Nahrungsmittelimporte* im Jahre 1950, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, stark eingeschränkt wurden, ist nunmehr, allerdings verspätet, da die Vorräte wichtiger Hauptnahrungsmittel (Fette, Brotgetreide) unerwartet rasch abgenommen haben und die Preise auf den Weltmärkten steigen, ein deutlicher Umschwung in der Importpolitik zu erkennen. Anfang Jänner wurde der Devisenverwendungsplan für das I. Quartal 1951 beschlossen, der für Nahrungsmittelleinfuhren einen Betrag von 44 Mill. \$ (rund 25% der insgesamt auf 178,1 Mill. \$ veranschlagten Einfuhr) oder — umgerechnet zum Kurs von 21,36 — 940 Mill. S vorsieht. Demgegenüber betrug im ganzen Jahr 1950 die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Getränken (einschließlich lebender Tiere) 2,4 Mrd. S¹⁾ oder nur das Zweieinhalbfache des für das I. Quartal 1951 vorgesehenen Betrages. Der reale Wert dieses Einfuhrbetrages wird allerdings dadurch vermindert, daß im Vergleich zum Vorjahre der Wechselkurs des Schillings gesunken ist und die Preise auf den Auslandsmärkten zum Teil beträchtlich höher liegen. Vom Gesamteinfuhrwert entfallen nach dem Plan 15 Mill. \$ (34%) auf direkte ERP-Hilfe, 18 Mill. \$ (41%) auf Einfuhren aus europäischen Teilnehmerländern (zum Teil initial position), 5 Mill. \$ auf den Clearingverkehr mit den Oststaaten, 4 Mill. \$ auf den Verrechnungsverkehr mit Lateinamerika und sonstigen Nichtteilnehmerländern und 2 Mill. \$ auf freie Dollareinfuhren. Wegen der Schwierigkeiten in der Versorgung mit Brotgetreide und Fett konzentriert sich in diesem Quartal das Interesse vor allem auf die Beschaffung dieser beiden Nahrungsmittel, für die allein 69% des Gesamteinfuhrwertes bereitgestellt sind (21,5 Mill. \$ für Brotgetreide und 8,7 Mill. \$ für Fette und Öle). Diese Einfuhren, insbesondere die von Brotgetreide, werden den Zuschußbedarf für mehr als ein Quartal decken und somit wieder eine Vorratsbildung ermöglichen, die angesichts der angespannten Weltmarktlage dringend geboten ist.

Ab 1. Jänner 1951 wurde auf Grund einer Empfehlung des Bundesministeriums für Inneres an die Landeshauptleute²⁾ in Wien und in den meisten

¹⁾ In diesem Einfuhrwert sind auch Futtermittel und Nutztiere (insbesondere Pferde) enthalten. Andererseits erfaßt diese Position nur einen Teil der Fettrohstoffe.

²⁾ Diese Form mußte gewählt werden, weil keine neue gesetzliche Grundlage für die Bewirtschaftung geschaffen wurde. Die Wirksamkeit des alten Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes in der ab 1. September 1950 gültigen Fassung erstreckt

Bundesländern (ausgenommen Vorarlberg und Steiermark) der Verbrauch von ERP-Schmalz, Kunstspeisefett und Margarine, der erst Ende April 1950 freigegeben worden war, wieder rationiert. Da Speiseöl, sofern es verbilligt abgegeben wurde, bisher ständig rationiert war, können derzeit nur Butter, inländisches Schmalz (bzw. Speck und Filz) sowie alle kommerziell eingeführten und nicht verbilligten Fette und Öle frei bezogen werden³⁾.

Die neuerliche Bewirtschaftung von ERP-Schmalz wurde notwendig, weil die Anfang 1950 noch sehr beträchtlichen Vorräte (nahezu 30.000 t) seit Mitte des Jahres infolge der Verbilligung von 14 auf 10 S je kg und der mit der Koreakrise einsetzenden Vorratskäufe rasch abgenommen haben, ohne daß neue Einfuhren eingelangt wären. Konnten in der ersten Jahreshälfte die in den Lebensmittelverteilungsplänen vorgesehenen Mengen nur zum Teil abgesetzt werden, so übertraf die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte bei weitem die Freigaben, obwohl auch diese entsprechend erhöht worden waren, um die Vorräte rasch abzubauen. So wurden vom 2. Jänner bis 16. Juli 1950 10.262 t ERP-Schmalz freigegeben, jedoch nur 5.950 t vom Handel abgenommen, wobei auch diese Menge nur zum Teil in den Konsum ging. Von Mitte Juli bis Ende Dezember stiegen die freigegebenen Mengen auf 13.311 t, die Auslieferungen dagegen auf 17.797 t. Sie wären auf Grund der Konsumentennachfrage noch mehr gewachsen, wenn man sie nicht wegen der knappen Vorräte gestoppt hätte. Ende Dezember 1950 waren die Vorräte von ERP-Schmalz auf 4.000 t zusammengeschrumpft, womit eine Zuteilung von 30 bis 35 dkg je Zuteilungsperiode und Verbraucher für zwei Monate gedeckt werden kann⁴⁾. Da die Nachfrage der Konsumenten nach den Feiertagen nachgelassen hat und außerdem keine Rayonierung besteht, konnten einzelne Geschäfte die übernommenen Mengen nur langsam absetzen.

Inzwischen ist man eifrig bemüht, die Schmalzversorgung auch auf längere Sicht zu sichern und die Lager aufzufüllen. Für das I. Quartal 1951 wurden Schmalzimporte im Werte von 5,25 Mill. \$ (davon 1,4 Mill. \$ aus ERP, 2,4 Mill. \$ aus europäischen Teilnehmerstaaten, 0,45 Mill. \$ aus Lateinamerika

sich nur auf Öl, Margarine und Kunstspeisefett, während ERP-Schmalz freigegeben wurde.

³⁾ Ein dieser Tage vorgelegter Gesetzentwurf soll das Innenministerium ermächtigen, Schweineschmalz und Speck (Filz) zu bewirtschaften.

⁴⁾ Der Verteilungsplan sieht für die 75. und 76. Zuteilungsperiode (1. Jänner bis 25. Februar 1951) die Ausgabe von rund 3.700 t Schmalz vor.

und 1 Mill. \$ gegen freie Dollar) vorgesehen, wovon bis Ende Jänner kommerzielle Importe im Werte von 3'4 Mill. \$ abgeschlossen wurden. Da die Importpreise derzeit sehr hoch sind (bei Importen aus den USA 490 \$ bis 530 \$ je t cif europäischer Hafen, aus europäischen Teilnehmerländern, z. B. Dänemark oder Holland, 610 bis 620 \$ je t frei deutscher Grenze), ist die mit diesen Beträgen gekaufte Menge weitaus geringer als etwa vor einem halben Jahr. Selbst wenn die ERP-Importe, da es sich dabei um staatliche Lieferungen handelt, billiger sein sollten, dürften insgesamt höchstens 12.000 t eingeführt werden können, eine Menge, die ausreicht, den normalen Schmalzbedarf der Nichtselbstversorger fast vier Monate zu decken¹⁾. Diese Vorräte werden noch dadurch gestreckt, daß aus den Schlachtungen zusätzlich Schmalz anfällt. Die Schmalzversorgung dürfte damit wenigstens bis Mitte des Jahres sichergestellt sein. Allerdings ergeben sich auf Grund der Kalkulationen Verbraucherpreise für Importschmalz von 14 bis 17 S je kg. Da der amtliche Höchstpreis mit 14 S festgesetzt ist, wird man entweder die Preise freigeben oder subventionieren müssen, wofür jedoch kaum Budgetmittel zur Verfügung stehen dürften. Man denkt auch daran, den amtlichen Preis etwas hinaufzusetzen, um Stützungsbeträge einzusparen.

Im Bestreben, die Anfang 1950 erheblichen Vorräte an Fertigprodukten rasch abzubauen, wurden bis Anfang September 1950 je Zuteilungsperiode durchschnittlich 2.800 t *Kunstspeisefett, Margarine*

Freigaben und Auslieferungen von ERP-Schmalz, Margarine, Kunstspeisefett und Öl im Jahre 1950¹⁾

Zuteilungsperiode	ERP-Schmalz		Kunstspeisefett, Margarine, Öl	
	freigegebene Menge ²⁾	Auslieg. a. d. Handel in Tonnen	freigegebene Menge ²⁾	Auslieg. a. d. Handel
62. (2. 1.—29. 1.).....	2.419	2.000	2.600	2.652
63. (30. 1.—26. 2.).....	1.487	959	2.213	2.089
64. (27. 2.—26. 3.).....	1.450	1.185	2.411	1.854
65. (27. 3.—23. 4.).....	932	504	3.584	2.079
66. (24. 4.—21. 5.).....	933	459	2.611	2.395
67. (22. 5.—18. 6.).....	2.367	154	2.216	2.657
68. (19. 6.—16. 7.) ³⁾	674	689	2.877	2.672
69. (17. 7.—13. 8.).....	617	3.108	3.236	2.521
70. (14. 8.—10. 9.).....	1.878	3.125	3.343	3.107
71. (11. 9.— 8. 10.).....	2.546	3.882	2.109	2.020
72. (9. 10.— 5. 11.).....	3.135	2.517	1.610	1.613
73. (6. 11.— 3. 12.).....	3.135	3.135	1.207	1.539
74. (4. 12.—31. 12.).....	2.000	2.030	2.400	2.400
Insgesamt.....	23.573	23.747	32.417	29.598

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. — ²⁾ Auf Grund der Verteilungspläne. — ³⁾ 4. Juli Senkung des ERP-Schmalzpreises.

¹⁾ Der normale Schmalzbedarf der Nichtselbstversorger wird auf etwa 40.000 t jährlich geschätzt. Zuteilungen in der derzeitigen Höhe würden aus der eingeführten Menge dagegen für etwa sechs Monate gedeckt werden können.

und Öl freigegeben. Obwohl die Nachfrage vor allem bis zur Verbilligung des ERP-Schmalzes wegen des großen Preisvorteiles relativ groß war, konnten an den Handel nur durchschnittlich 2.450 t je Zuteilungsperiode abgesetzt werden, wobei sich auch hier noch gewisse Vorräte ansammelten. Seit September wurden deshalb, vor allem aber wegen der Verknappung der Rohstoffe²⁾, die Zuteilungen zunächst auf durchschnittlich 1.700 t je Periode (tatsächlicher Verbrauch der vorhergehenden Versorgungsperioden) beschränkt, im Dezember jedoch wegen des größeren Feiertagsbedarfes auf 2.400 t erhöht. Die Bevorratungswünsche der Konsumenten konnten jedoch vielfach nicht befriedigt werden. Da die Vorräte Ende 1950 auf 4.000 t zusammengeschrumpft waren, mußte auch hier zur Sicherung einer gleichmäßigen Verteilung die Bewirtschaftung wieder eingeführt werden. Inzwischen hat allerdings die Nachfrage so stark nachgelassen, daß selbst die im Jänner zuteilten 1.500 t nicht zur Gänze abgesetzt wurden. Da außerdem neue Lieferungen von Fettrohstoffen bereits eingelangt (650 t) und weitere unterwegs sind, ist die Versorgung für die nächste Zeit gesichert. Insgesamt wurden für das I. Quartal 1951 Importe von Fettrohstoffen im Werte von 3'4 Mill. \$ beschlossen (davon 600 Mill. \$ aus direkter ERP-Hilfe, 2'8 Mill. \$ aus Teilnehmerstaaten), womit 5.000 t Kopra und 3.000 t Hartfett (insgesamt 6.000 t Reinfett) beschafft werden sollen. Zuteilungen in der jetzigen Höhe könnten damit vier Versorgungsperioden hindurch gedeckt werden.

Auch die noch vor einigen Monaten wenig günstigen Aussichten der *Brotgetreideversorgung* haben sich inzwischen entscheidend gebessert. Die ursprünglich mit 300.000 t festgesetzten ERP-Lieferungen werden voraussichtlich auf 400.000 t erhöht werden. Mit Frankreich wurde die Lieferung von 100.000 t Weizen, 5.000 t Roggen, 14.000 t Weizenmehl und 6.000 t Roggenmehl (insgesamt 130.000 t Getreidewert) im Werte von 5 Mrd. Francs abgeschlossen, die teils im Rahmen der EZU, teils durch Exporterlöse bezahlt werden sollen. Bis Ende Jänner sind bereits 35.000 t eingelangt, wovon allerdings 6.000 t infolge schlechter Lagerung nicht einwandfreier Qualität sind. Geringere Mengen Roggen sind außerdem aus Belgien (980 t) und Ungarn (380 t) eingelangt. Der auf 560.000 t geschätzte Einfuhrbedarf ist somit weitgehend gedeckt. Man ist nunmehr bestrebt, möglichst große Teile dieser Importe bald durchzuführen.

²⁾ Für das Wirtschaftsjahr 1950/51 ist die Einfuhr von 22.000 t Fettrohstoffen (auf Reinfett umgerechnet) geplant. Die Durchführung dieses Planes wurde bisher durch die angespannte Weltmarktlage sehr gehemmt.

ren, um gewisse Vorräte zu schaffen. Für das I. Quartal 1951 ist für Brotgetreide ein Betrag von 21,5 Mill. \$ vorgesehen (davon 12,6 Mill. \$ direkte ERP-Hilfe, 7,7 Mill. \$ aus europäischen Teilnehmerstaaten und 1,2 Mill. \$ aus Lateinamerika), womit rund 280.000 t (d. i. die Hälfte des gesamten Importbedarfs) eingeführt werden könnten.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 38

In den östlichen Gebieten Österreichs waren im Jänner infolge der warmen Witterung vielfach noch Feldarbeiten möglich, so daß ein Teil der rückständigen Bodenbearbeitung und Herbstsaat (Winterweizen, Spinat) nachgeholt werden konnte. Die Wintersaaten stehen nach wie vor gut.

Da sich *Kalkammonsalpeter* im Jänner abermals um 20% verteuerte — der für Februar bis Juni festgesetzte Preis liegt sogar noch etwas höher —, besteht die Gefahr, daß die Landwirtschaft bei der Frühjahrsdüngung die relativ billigeren Phosphor- und Kalidünger bevorzugt und die für die Jugendentwicklung der Saaten wichtige Stickstoffdüngung einschränkt.

Der Preisindex für Stickstoff (348,9% von 1937) ist zwar, auf das Preisniveau anderer Rohstoffe und Produktionsmittel bezogen, noch immer niedrig. Infolge starker Preisstützungen sind jedoch die relativen Preise der Phosphor- und Kalidünger (217,3% von 1937) zur Zeit noch um ein Drittel niedriger als die für Stickstoff.

Index der Kunstdüngerpreise

	Dezember 1950	Jänner 1951	Februar 1951
		Ø 1937 = 100	
Stickstoffdünger ¹⁾	280,5	336,6	348,9
Phosphor- und Kalidünger ²⁾	217,3	217,3	217,3
Gesamtdurchschnitt ³⁾	249,5	278,1	284,4

¹⁾ Kalkammonsalpeter in bituminierten Säcken. — ²⁾ Gewogen nach den Jahresverbrauchswerten von 1937: Superphosphat 16%, Thomasmehl 16%, Kalisalz 17%, Kalkammonsalpeter 51%.

Im allgemeinen ist eine harmonische Düngung mit Stickstoff, Phosphorsäure und Kali, fallweise auch mit Kalk, notwendig, um den Düngeraufwand möglichst rentabel zu gestalten, wenn auch zuweilen eine einseitige Düngung durch den Nährstoffhaushalt, die Pflanzengattung (Leguminosen) und die Betriebsform (Gülewirtschaft) begründet sein kann. Den weitgehend preisabhängigen Verbrauch kann man dadurch lenken, daß die Preise der verschiedenen Düngerarten in bestimmten Relationen zueinander gehalten werden. Die Preisrelation zwischen Stickstoff und Phosphorsäure z. B. war im Jahre 1937 wie 2 : 0,99. Gegenwärtig ist sie jedoch wie 2 : 0,67, d. h. Stickstoff ist, auf Phosphorsäure bezogen, teurer bzw. Phosphorsäure, auf Stickstoff bezogen, billiger geworden. Auf Grund langjähriger Erfahrungen werden diese in den Böden fast stets im Minimum vorhandenen Pflanzennährstoffe bei einem Preisverhältnis von 2 : 1 in harmonischen Mengenverhältnissen verwendet. Kali, das

in den österreichischen Böden durchschnittlich in relativ größeren Mengen vorkommt als Stickstoff und Phosphorsäure und im allgemeinen nur zu Kartoffeln und Rüben stärker verwendet wird, ist gegenwärtig relativ am billigsten.

Preisrelationen zwischen Stickstoff, Phosphorsäure und Kali¹⁾

Jahr	Stickstoff	Preise für Phosphorsäure S je kg	Kali	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali
1937.....	1'38	0'68	0'40	2	0'99	0'58
1951.....	4'80	1'61	0'72	2	0'67	0'30

¹⁾ Auf Grund der Großhandelspreise von Kalkammonsalpeter (20,5% N), Superphosphat (18% P₂O₅), Thomasmehl (18% P₂O₅) und Kalisalz (40% K₂O).

Im Gegensatz zur Marktlage bei Futtermitteln werden Handelsdünger dank hoher Inlandsproduktion und ausreichenden Importen derzeit sehr reichlich angeboten; eine Verknappung ist vorläufig nicht zu befürchten.

Die Preise von *Hafer* und *Mais* zogen infolge knappen Angebotes weiter an; Hafer kostet bereits 656,5% von 1937, Mais sogar 817,3%. Da die Preisindizes von Weizen (374,6) und Roggen (423,3) nur etwa halb so hoch liegen, ist die Neigung zum Verfüttern des Brotgetreides bereits überaus stark. Es erscheint daher besonders dringlich, die Einfuhren von verbilligtem Futtergetreide zu intensivieren. Nach dem Devisenverwendungsplan sollen im I. Quartal 1951 138.500 t Mais und 11.000 t Gerste eingeführt werden, und zwar 85.000 t Mais aus der direkten ERP-Hilfe, 28.000 t aus Lateinamerika und 36.500 t Mais sowie 25.000 t Gerste aus den europäischen ERP-Teilnehmerstaaten. Insgesamt sollen im Wirtschaftsjahre 1950/51 350.000 bis 390.000 t Futtergetreide importiert werden.

Damit könnte die Marktlage zweifellos stark entspannt werden. Da aber andererseits ausländische Ölkuchen mangels finanzieller Mittel in Zukunft nur noch zu Marktpreisen, die das Acht- bis Zehnfache von 1937 betragen, an die Landwirtschaft abgegeben werden können, dürfte sich die Nachfrage stärker auf das preisgestützte Import-Futtergetreide verlagern.

Um Spekulationen sowie die Errichtung rein gewerblicher Schweinemastbetriebe möglichst zu unterbinden, sollen in Zukunft nur landwirtschaftliche Betriebe verbilligte Importfuttermittel beziehen können. Der Gesetzentwurf sieht außerdem vor, daß nichtlandwirtschaftliche Betriebe höchstens zwei Schweine halten dürfen, sofern nicht regelmäßig größere Mengen verwertbarer Abfallprodukte anfallen. Ein Mehrbestand an Schweinen soll innerhalb dreier Monate auf die zulässige Höhe verringert werden. Die Erfahrungen aus der Vorkriegszeit zeigen allerdings, daß derartige Maßnahmen nur beschränkt wirksam sind und die Funktion ökonomischer Preisrelationen auf die Dauer nicht zu ersetzen vermögen.

Über die Ernte von *Brotgetreide* im Jahre 1950 liegen mehrere Angaben vor, die übereinstimmend

einen etwas höheren Ernteertrag als im Vorjahre annehmen. Trotz nur geringen Differenzen konnte man die endgültigen Erntedaten bisher noch nicht fixieren. Verkauft wurden bis 31. Dezember 1950 177.521 t Brotgetreide, davon 102.458 t Weizen und 75.063 t Roggen. Demgegenüber betrug die allein im Rahmen der Kontingente abgelieferte Menge Ende 1949 191.456 t.

Um die Verfütterung von verbilligtem Brotgetreide und Brotmehl einzuschränken, wird ein formelles Verfütterungsverbot vorbereitet. Wirksamer dürfte allerdings die geplante Lenkung und Kontrolle des Import- und Inlandsgetreides vom Aufkäufer über die Mühlen bis zu den Verarbeitungsbetrieben sein.

Der Anbau 1950/51

Nach dem Kriegsende konnte bis 1948 zunächst die Marktversorgung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln stärker intensiviert werden, während die tierische Produktion, teils infolge des kriegsbedingt verringerten Viehstocks, teils aus Mangel an Futtermitteln, noch relativ niedrig blieb. Auch das Long-Term-Programm sah bis 1952/53 eine über den Vorkriegsstand hinausgehende Steigerung der pflanzlichen Marktproduktion vor, während die tierische dieses Niveau erst später erreichen sollte. Tatsächlich hat sich die landwirtschaftliche Produktion in den Jahren 1949 und 1950 zum Teil anders entwickelt.

Dank guten Ernten an Futtergetreide und Heu (1949) sowie Kartoffeln und Rüben (1950) konnten die Rinder-, Schweine- und Hühnerbestände in den letzten Jahren stärker aufgestockt werden. Durch die Preisgunst der tierischen Produkte gegenüber den pflanzlichen wurde diese Entwicklung stark gefördert. Ende 1950 übertrafen die Bestände an Milchkühen, Schweinen und Legehühnern die Voranschläge des Long-Term-Programms um 3%, 26% und 14%. Um etwa die gleichen Werte lag die Rindfleisch-, Milch-, Schweinefleisch- und Eierproduktion höher.

Im Gegensatz dazu wurde der vorgesehene Mehranbau von Getreide in den letzten Jahren nur zum Teil erreicht. Während der Flächenrückstand im Wirtschaftsjahr 1948/49 nur 20.000 ha oder 2% betrug, stieg er 1949/50 auf 48.000 ha oder 5%; im laufenden Wirtschaftsjahr wären schon um 128.000 ha oder 15% mehr Getreide zu säen gewesen als im Vorjahre. Da sich die Disparität zwischen den Inlandspreisen für Brotgetreide und den verbilligten Importfuttermitteln einerseits und den Getreidepreisen des Weltmarktes sowie den inländischen Futtermitteln andererseits in den letzten Monaten noch verschärfte, wurde es immer offenkundiger, daß die Anbauziele für Getreide vorläufig nicht zu erreichen sind.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat daher kürzlich den *Anbauplan für 1950/51* revidiert. Die neuen Anbauziele liegen gegenüber dem Long-Term-Programm um 41.000 ha Roggen, 20.000 ha Hafer und 5.000 ha Körnermais niedri-

ger, dagegen für Sommergetreide um 2.000 ha höher. Obwohl also um 64.000 ha oder 6% weniger Getreide zu säen sind als nach dem ersten Plan, ist gegenüber dem Vorjahr immer noch eine Mehraussaat von 63.000 ha (+ 7%), und zwar sowohl von Brotgetreide (+ 27.000 ha) als auch von Futtergetreide (+ 36.000 ha) notwendig. Da es außerdem unwahrscheinlich ist, daß man im Frühjahr 1951 um 9.000 ha oder 31% mehr Zuckerrüben als im Jahre 1950 säen wird, sieht man jetzt ein Plus von nur 4.000 ha (+ 14%) vor.

Anbau von Getreide und Hackfrüchten¹⁾

Fruchtart	Anbauflächen						
	nach der Anbaustatistik bzw. dem Anbauplan für 1951			nach dem Long-Term-Programm			
	1926/35	1949	1950	1951	1949	1950	1951
	1.000 ha						
Brotgetreide.....	600	454	473	500	466	496	541
Weizen.....	215	207	218	235	210	220	235
Roggen.....	382	241	249	259	250	270	300
Wintermengengetreide.....	3	6	6	6	6	6	6
Futtergetreide.....	535	390	409	445	398	433	468
Gerste.....	162	118	134	150	120	140	150
Hafer.....	306	205	208	220	210	220	240
Mais.....	61	58	59	65	60	65	70
Sommermengengetreide.....	6	9	8	10	8	8	8
Kartoffeln.....	193	178	184	195	180	185	195
Zuckerrüben.....	37	26	29	33	30	35	38
Futterrüben.....	58	93	87	80	85	80	75

¹⁾ Zusammengestellt nach der „Statistik der Ernte 1936“, den Erhebungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes sowie dem „Anbauplan“ und „Long-Term-Programm“ des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Der Anbauplan 1950/51 dürfte die wirkliche Anbaustruktur besser wiedergeben als das Long-Term-Programm. Die hohen Preise für Inlandsgerste, Hafer, Mais und die ungenügenden Importe zwingen zu einer stärkeren Bedarfsdeckung durch Mehranbau im eigenen Betriebe. Ebenso wird der Zuckerrübenanbau dank günstigem Rübenpreis — nach letzten Informationen sollen für die Ernte 1950 S 29.— je q bezahlt werden — einen starken Auftrieb erfahren.

Im übrigen muß sich ein geringer Rückgang in den Anbauflächen nicht unbedingt auch in niedrigeren Erträgen auswirken; ein intensiverer Einsatz von Handelsdüngern kann ihn durch höhere Flächenerträge weitgehend kompensieren.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 34—35

Die Kohlenversorgung beginnt allmählich kritisch zu werden. Westdeutschlands Drosselung der Ruhrkohlenlieferungen im Dezember und Polens Sperre der Lieferungen im Jänner haben eine bedrohliche Situation geschaffen, von der in erster Linie die Bahnen betroffen wurden. Versorgungsschwierig-

keiten zeichnen sich auch in der eisenschaffenden Industrie ab, die wegen ihres hohen laufenden Verbrauches (100.000 t je Monat) keine großen Reserven anlegen kann, und in der Baustoffindustrie, die den Bedarf für die kommende Saison erst decken muß.

Der Ausfall der Importkohle kann nur zu einem sehr geringen Teil durch erhöhte Förderung inländischer Braunkohle wettgemacht werden. Über das jetzt erreichte Niveau von monatlich 400.000 t läßt sich die Produktion nicht mehr viel steigern. Selbst großzügige Investitionen könnten die Förderung in einigen Jahren nur auf 500.000 t erhöhen. Der Bedarf würde auch dann erst zu 30 % aus eigener Produktion gedeckt gegen 25 % bisher.

Die notwendige Auslandskohle zu beschaffen, bleibt daher auch in Zukunft das Zentralproblem der Handelspolitik. Auch eine stärkere Umstellung des Energieverbrauches auf elektrische Energie (Elektrifizierung der Bahnen) wird die Abhängigkeit von Kohleneinfuhren nur in engen Grenzen ändern.

Die inländische Braunkohlenförderung ist im Dezember saisonbedingt etwas zurückgegangen. Trotz der ungünstigen Absatzlage im 1. Halbjahr 1950 hat die Jahresförderung 4,3 Mill. t (133 % von 1937) erreicht, d. s. 492.000 t (13 %) mehr als i. J. 1949. Am stärksten ist die Förderung in Niederösterreich und im Burgenland gestiegen (um 98 % und 52 %), weil neue Bergbaue hinzugekommen sind. In der Steiermark, wo 66 % der gesamten Braunkohle (2,8 Mill. t) gefördert wurden, hat die Erzeugung gegenüber 1949 um 12 % zugenommen. (Siehe Tabelle *Kohlenförderung nach Bundesländern* auf S. 34.)

Der Steinkohlenbergbau hat diese günstige Entwicklung nicht mitgemacht. Die Vorräte in dem einzigen größeren Bergbau (Grünbach) gehen allmählich zu Ende. Die übrigen kleinen Gruben haben nur lokale Bedeutung. Gegenüber 1949 ist die Förderung geringfügig zurückgegangen.

Die Kohleneinfuhr hat i. J. 1950 mit der durch die Produktionserweiterung erhöhten Nachfrage nicht Schritt gehalten. Die gesamte Kohleneinfuhr (auf Steinkohlenbasis) betrug nur 5,04 Mill. t (152 % von 1937) und war damit um 7 % niedriger als i. J. 1949. Besonders stark ging die Einfuhr von Braunkohle (um 25 %) und Koks (20 %) zurück, während die Steinkohleneinfuhr nur um 3 % niedriger war. (Siehe Tabelle *Kohleneinfuhr Österreichs nach Herkunftsländern* auf S. 35.)

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft i. J. 1950 (1949) 7,1 Mill. t (7,2 Mill. t) Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, wovon 29 % (25 %) aus dem Inland und 71 % (75 %) aus dem Ausland

stammten. (Siehe Tabelle *Versorgung Österreichs mit Kohle* auf S. 35.)

Im Dezember nahm die Wasserführung der Flüsse rasch ab. Da gleichzeitig der Stromverbrauch stark gestiegen ist — am 21. Dezember wurde der bisher höchste Tagesverbrauch von 14,7 Mill. kWh erreicht —, mußte die Erzeugung der Dampfkraftwerke entsprechend gesteigert werden.

Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke haben deshalb zwar abgenommen — Ende Dezember betragen sie 226.000 t (Steinkohlenbasis) —, reichen aber voraussichtlich, selbst bei stark verminderten Zufuhren, bis zum Frühjahr.

Insgesamt wurden im Dezember (November) 423 Mill. kWh (396 Mill. kWh) Strom erzeugt und 376 Mill. kWh (369 Mill. kWh) verbraucht. (Siehe Tabelle *Erzeugung, Einfuhr, Ausfuhr und Verbrauch elektrischen Stromes* auf S. 34.)

Die Jahreserzeugung erreichte 4.880 Mill. kWh und war damit um 16 % größer als i. J. 1949. 4.038 Mill. kWh stammten aus Wasserkraftwerken und 841 Mill. kWh aus Dampfkraftwerken. Im Jahresdurchschnitt 1950 (1949) mußten 17 % (20 %) kalorische Energie erzeugt werden. Die Verminderung des kalorischen Anteils wurde durch die günstige Witterung im Spätherbst und Winter möglich. Die Erzeugung in den Wasserkraftwerken war um 20 % höher als i. J. 1949, die der Dampfkraftwerke dagegen nur um 2 %.

Der Verbrauch war mit 4.110 Mill. kWh um 12 % höher als im Vorjahr, blieb also hinter der Erzeugungssteigerung zurück. Allerdings kann ein Teil der österreichischen Erzeugung (in Tirol und Vorarlberg) nicht dem innerösterreichischen Verbundnetz zugeführt werden.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 36—41

Allgemeine Entwicklung

Die Entwicklung der Industrieproduktion wird gegenwärtig von zwei einander entgegenwirkenden Faktoren beherrscht. Einerseits hat die Weltkonjunktur auch der österreichischen Industrie, selbst jenen Zweigen, die bisher keine Aussicht auf ein nennenswertes Exportgeschäft hatten, umfangreiche Auftragsaufträge gebracht, andererseits aber gefährdet die Rohstoffknappheit nicht nur deren Ausführung, sondern auch die Aufrechterhaltung des bisherigen Produktionsniveaus.

Im Berichtszeitraum (November, Dezember) hat die günstige Entwicklung noch angehalten. Im November ist der *Produktionsindex*, trotz starken

saisonbedingten Rückgängen in einigen Zweigen, weiter um 76% auf 1619% von 1937 gestiegen. Für Dezember liegen noch nicht genügend Daten vor, doch dürften Saisoneinflüsse das Übergewicht über die anhaltend günstige Entwicklungstendenz bekommen haben. Produktionseinschränkungen aus Rohstoffmangel waren bisher nur vereinzelt — hauptsächlich in der eisenverarbeitenden Industrie — notwendig. Die anhaltende Rohstoffknappheit läßt jedoch in den kommenden Monaten empfindliche Rückschläge befürchten, sofern es nicht gelingt, wichtige Rohstoffe rasch nachzuschaffen. Die bisherigen Rohstoffeinfuhren sind in den meisten Positionen weit hinter den im Importprogramm 1950/51 vorgesehenen Mengen zurückgeblieben. Obwohl die Produktionsausweitung den Inlandsbedarf an vielen Rohwaren gesteigert hat, konnte die Einfuhr i. J. 1950 zumeist nicht einmal auf dem Niveau von 1949 gehalten werden. Noch auffälliger wird die ungenügende Versorgung, wenn

man den Planziffern für 1950/51 die tatsächlichen Einfuhrergebnisse im zweiten Halbjahr 1950 gegenüberstellt.

An erster Stelle unter den knappen Rohstoffen steht gegenwärtig *Kohle*. Im Dezember sind erstmals auch die Lieferungen aus Deutschland, das 55% der Importe liefert, zurückgegangen. Die Einfuhr aus Polen und der Tschechoslowakei war schon seit einigen Monaten rückläufig. Mitte Jänner wurden die Lieferungen aus Polen zunächst eingestellt. Mit der inländischen Förderung, die zum Großteil nur beschränkt verwendungsfähige Braunkohle liefert, können nur 25% des Bedarfes gedeckt werden. Die bisherigen Beschränkungen der Einfuhr konnten noch durch den Einsatz von Vorräten ausgeglichen werden. Inzwischen sind aber bei einer Reihe von Verbrauchern ernste Schwierigkeiten eingetreten. Die Bahnen mußten sich bereits zu einer Verminderung des Reisezugverkehrs um 30% entschließen. Soll die Vollbeschäftigung erhalten bleiben, müssen die Importe wenigstens wieder auf das Niveau des ersten Halbjahres 1950 gebracht werden. Im zweiten Halbjahr 1950 konnten aber nur 42,2% der im Importprogramm 1950/51 vorgesehenen Mengen nach Österreich gebracht werden.

Importprogramm 1950/51 und tatsächliche Einfuhr im II. Halbjahr 1950

Waren	Einfuhrprogramm 1950/51	Einfuhr im II. Halbjahr 1950 in Tonnen	Einfuhr in % des halben Importprogrammes
Steinkohle	4.900.000	1.945.344	79,4
Koks	295.000	89.847	60,9
Braunkohle (einschl. Briquets)....	450.000	502.945	223,5
<i>Kohls insgesamt (Steinkohlenbasis)...</i>	<i>5.420.000</i>	<i>2.286.663</i>	<i>84,4</i>
Erdöle	91.600	26.524	57,9
Rohtabak	8.000	3.655	91,4
Baumwolle	20.800	8.870	85,3
Schafwolle	8.100	3.233	79,8
Natürliche Fasern	10.500	5.525	105,2
Rohhäute	9.062	3.061	67,6
Kautschuk	11.320	2.020	35,6
Kupfer	6.616	1.073 ²⁾	38,9 ²⁾
Blei	2.600	132 ²⁾	12,2 ²⁾
Zink	8.000	2.221 ²⁾	66,6 ²⁾
Zinn	600	257 ²⁾	102,8 ²⁾

¹⁾ Juli bis November. — ²⁾ Einfuhr bezogen auf fünf Monate des Importprogrammes.

Bei allen übrigen importierten Rohstoffen wird sich die Verknappung bei weitem nicht so stark und unmittelbar auswirken wie bei Kohle, obwohl auch hier ganze Industriezweige gestört und nachgelagerte Stufen beeinträchtigt werden können. Vielfach dauert es auch eine gewisse Zeit, bis sich die Verknappungen auf die weiterverarbeitenden Zweige auswirken.

Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen

In den einzelnen Industriezweigen war die Entwicklung im November uneinheitlich. Der Konsum-

Import wichtiger Rohstoffe

Zahl	Rohtabak		techn. Öle und Fette		Erze		Erdöle		Baumwolle		Wolle		Flachs, Hanf, Jute		Kautschuk		Rohhäute		Chem. Rohstoffe	
	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP	insgesamt	davon ERP
1937 Ø	674	—	3.021	—	9.578	—	22.455	—	3.592	—	983	—	1.516	—	352	—	506	—	1.283	—
1949 Ø	1.240	339	1.592	698	55.687	1	4.977	1.584	1.857	1.171	858	217	763	0	744	25	694	442	2.480	963
1950 Ø	657	249	1.689	273	60.274	1	5.065	314	1.521	967	719	82	1.014	36	661	18	542	360	3.767	1.542
1950 I.	884	709	2.332	500	24.653	—	5.861	562	1.252	1.080	864	225	915	—	1.262	1	216	76	650	—
II.	438	89	1.605	190	9.348	8	3.310	175	1.462	856	1.393	548	1.601	—	676	1	312	236	3.895	—
III.	811	109	2.407	33	47.889	—	9.337	276	748	329	774	81	1.206	—	1.111	48	474	248	2.030	—
IV.	463	—	2.396	—	55.092	—	10.960	0	1.114	549	716	—	686	—	1.306	22	938	834	1.765	—
V.	262	—	1.169	52	97.728	—	2.804	212	2.974	1.959	888	89	1.413	—	935	23	735	581	4.495	—
VI.	1.378	464	1.619	160	56.087	—	1.978	—	1.826	1.296	754	41	822	—	626	1	768	377	1.197	—
VII.	967	532	1.533	114	82.323	—	3.089	1.834	3.419	3.172	578	—	546	—	264	—	509	286	9.374	7.221
VIII.	709	409	2.202	1.961	44.066	—	4.133	287	2.394	1.991	465	—	576	53	111	7	651	382	1.197	—
IX.	654	421	966	25	48.741	8	3.623	110	907	216	503	—	1.147	—	253	15	1.038	849	1.253	—
X.	403	203	675	—	62.889	—	5.508	78	301	30	631	—	1.026	—	554	12	433	324	1.123	533
XI.	553	46	1.016	37	97.887	—	5.173	487	848	92	379	—	1.303	376	529	53	318	128	10.365	6.450
XII.	361	—	2.350	208	96.588	—	4.998	713	1.002	30	678	—	928	—	308	34	111	—	7.858	4.297

güterindex hat sich trotz dem Rückgang der Papier- und Tabakwarenerzeugung sowie der chemischen Industrie um 7,6% auf 133,0% von 1937 erhöht, während der Index der dauerhaften Güter sogar um 8% auf 196,6% gestiegen ist. Da die Beschäftigung nur um 0,3% zugenommen hat, überschritt der Produktivitätsindex mit 100,4% erstmalig den Stand von 1937. (Siehe Tabelle *Produktion, Beschäftigung und Produktivität* auf S. 36.)

Die *Bergbauproduktion* ist im November, trotz vorgerückter Jahreszeit, noch um 8,2% auf 155,5% von 1937 gestiegen. Im Dezember folgte dann allerdings ein Rückgang um 10,2%.

Im Durchschnitt des Jahres 1950 lag die Produktion mit 132,4% von 1937 um 13,8% höher als 1949. Die starke Belegung der Bergbauproduktion setzte erst im zweiten Halbjahr 1950 ein und erfaßte hauptsächlich die Kohlen- und Eisenerzförderung. (Siehe Tabelle *Bergbau und Salinen und Bergbau II*, auf S. 36/37.)

Die *Magnesitindustrie*, die schon i. J. 1949 die Kapazität voll ausgenutzt hatte, steigerte ihre Erzeugung noch um 4,8% und erreichte damit 158,4% von 1937. Das Winterwetter und notwendige Überholungsarbeiten verringerten die Produktion im Dezember um 6,3%. (Siehe Tabelle *Magnesitindustrie* auf S. 37.)

In der *eisenschaffenden* Industrie sind die vorhandenen Kapazitäten mit Ausnahme von Roheisen voll ausgenutzt. Im Jahre 1950 war die Erzeugung um 10,2% höher als 1949 und um 58,6% höher als i. J. 1937. Insgesamt wurden i. J. 1950 (1949) 883.000 t (838.000 t) Roheisen, 943.000 t (835.000 t) Rohstahl und 586.000 t (534.000 t) Walzwaren erzeugt. Eine bedeutende Erhöhung dieser Leistungen wäre nur mehr bei Roheisen möglich, doch fehlt es dazu an Kohle. Bei Rohstahl und Walzwaren ist die Kapazität bereits jetzt voll ausgenutzt. Die laufenden Großinvestitionen werden erst in einigen Jahren voll wirksam werden. Sie werden allerdings durch die Konjunkturlage gefördert.

Mitte Dezember wurde in Linz mit der Montage der neuen, aus den USA gelieferten Walzwerksanlagen begonnen. Das Grobblechwalzwerk soll schon im Mai fertig werden, während die Breitbandstraße frühestens Anfang 1952 den Betrieb aufnehmen kann.

Die Lieferfristen für Walzwaren sind wieder länger geworden, weil die Auftragsgänge weiterhin viel größer als die laufende Erzeugung sind. Besonders knapp sind Feinbleche, Formstahl, Stabstahl, Betoneisen und Torstahl. (Siehe Tabelle *Hüttenwerke* auf S. 37.)

Der Index der *Metallhütten* ist im November nur mehr um 3,2% auf 171,5% von 1937 zurückgegangen, weil die Aluminiumproduktion auch in den Wintermonaten, wenn auch eingeschränkt, aufrechterhalten werden konnte. Gegenüber 1949 konnte die Metallerzeugung (Blei, Kupfer, Aluminium) um 21% gesteigert werden. Am stärksten war die Produktionserhöhung bei Kupfer (35%) und Aluminium (20%), am geringsten bei Weichblei (8%). (Siehe Tabelle *Metallhütten* auf S. 37.)

Die *Gießerei*produktion ist im November noch um 2% gestiegen. Die Rohmaterialschwierigkeiten, besonders bei Schwermetallguß, nehmen weiter zu. Im Jahre 1950 konnten besonders bei Grauguß, Stahl- und Leichtmetallguß gute Fortschritte erzielt werden. Die Gesamtproduktion der Gießereiindustrie war i. J. 1950 um 20% größer als i. J. 1949 und betrug 138% von 1937. (Siehe Tabelle *Gießereien* auf S. 38.)

Auch in der *Maschinen- und Fahrzeugindustrie* waren die Ergebnisse von 1950 gut. Die Gesamtproduktion stieg nach vorläufigen Ziffern in der Maschinenindustrie um 18% und in der Fahrzeugindustrie um 20%. Das letzte Quartal 1950 brachte beiden Industriezweigen bemerkenswerte Auslandsaufträge, da noch verhältnismäßig kurze Lieferfristen angeboten werden konnten. Inzwischen sind allerdings die Schwierigkeiten der Walzmaterialversorgung so groß geworden, daß an eine größere Ausweitung der Produktion — gerade diese beiden Zweige hätten noch bedeutende Kapazitätsreserven — nicht mehr gedacht werden kann. Man wird froh sein, wenn keine stärkeren Einschränkungen des gegenwärtigen Beschäftigtenstandes notwendig werden. (Siehe Tabellen *Fahrzeugindustrie, Maschinenindustrie* auf S. 38.)

Der Index der *Elektroindustrie* ist im November um 12,6% auf den neuen Höchststand von 239,1% (1937 = 100) gestiegen. Die günstige Saisonentwicklung der Radio- und Glühlampenindustrie hat angehalten. Die Produktion der Elektroindustrie war um 23% höher als i. J. 1949 und um 85% höher als die von 1937. (Siehe Tabelle *Elektroindustrie* auf S. 39.)

Die *Radioindustrie* läuft auf vollen Touren. Die Erzeugung ist gegenüber 1949 um 21% gestiegen. Die Konsumenten achten schon wieder auf Qualität, so daß sich der Absatz auf ganz bestimmte Typen konzentriert, für die sogar wieder längere Lieferfristen in Kauf genommen werden müssen. Der Export hat sich vor allem durch das Geschäft mit Deutschland stark belebt. Auf dem Weltmarkt können allerdings nur Spitzenerzeugnisse der österreichischen Produk-

tion mit den ausländischen Marken in Wettbewerb treten. Trotz dem starken Steigen der Weltmarktpreise für einige Rohstoffe und Vormaterialien sind die Inlandspreise bisher unverändert geblieben, weil noch Vorräte, die allerdings rasch zu Ende gehen, verarbeitet werden.

Der saisonbedingte Produktionsrückgang in der Baustoffindustrie hat im November angehalten. Insgesamt verminderte sich die Erzeugung um 13,9%. Der Tiefstand der Produktion ist erfahrungsgemäß im Jänner zu erwarten. Gegenüber 1949 ist die Gesamterzeugung um 10% auf 157% von 1937 gestiegen. Den Hauptanteil an der Produktionsausweitung hat die Zementindustrie, die ihre Leistung um 18% steigerte, während die Ziegelproduktion wegen der Absatzkrise in den Sommermonaten nur um 4% zugenommen hat. (Siehe Tabelle *Baustoffindustrie* auf S. 39.)

Die chemische Industrie hat auch im November das hohe Produktionsniveau gehalten. Einige saisonbedingte Rückgänge verminderten den Index gegenüber Oktober nur um 1,2%.

Die größten Fortschritte erzielten i. J. 1950 die Stickstoffwerke in Linz, die ihre Erzeugung um 25% steigern konnten. Mitte November überschritt die Erzeugung eine Million Tonnen. Die Exportaufträge erreichten i. J. 1950 fast 300.000 t; etwa die Hälfte wurde nach Spanien, Polen und der Tschechoslowakei geliefert; der Rest verteilt sich auf weitere 17 Staaten. (Siehe Tabelle *Chemische Industrie* auf S. 39.)

In der Papierindustrie hielt der saisonbedingte leichte Produktionsrückgang auch im Dezember an. Die Jahresezeugung lag um 12,3% über dem Stand von 1949. Die Exportkonjunktur dauert an und erleichtert die Durchführung des weit gesteckten Investitionsprogrammes. (Siehe Tabelle *Papierindustrie* auf S. 40.)

Die Leder- und die Schuhindustrie sind gut beschäftigt und haben die Erzeugung im November um 4% erhöhen können. Durch eine Umlage auf die Lederpreise konnte eine Verbesserung der Häutepreise — eine Voraussetzung für eine Erhöhung des Inlandsaufkommens — erreicht werden. Allerdings werden dadurch die Schuhpreise empfindlich — je nach Qualität um 10 bis 25% — erhöht. (Siehe Tabelle *Lederindustrie* auf S. 40.)

Trotz Sinken der Rohstoffeinfuhren, die weit unter dem laufenden Verbrauch liegen, hat die Textilindustrie im November die Durchschnittsleistung von 1937 um 8,1% überboten und damit einen neuen Nachkriegsrekord erzielt. Die Rohstoffverbrauchsfiguren zeigen deutlich, daß sich die Umstellung auf Ersatzstoffe weiter verstärkt.

Trotz großen Schwierigkeiten hält die Textilindustrie die Lieferungen im Rahmen der beiden Standardprogramme aufrecht. Bis 16. Jänner 1951 wurden auf Programm I, das 3,8 Mill. Meter vorsah, 2,6 Mill. Meter (67%) und auf Programm II (1,8 Mill. Meter) 700.000 Meter (41%) ausgeliefert. (Siehe Tabelle *Textilindustrie I und II* auf S. 41.)

Energieverbrauch der Textilindustrie

Monat	Kohle und Heizöl t	Insgesamt	Stromverbrauch in Millionen kWh	
			Eigenstrom	Fremdstrom
1950 I.	16.653	15'2	9'2	6'0
II.	16.404	14'7	9'0	5'7
III.	13.536	16'1	10'0	6'1
IV.	12.272	13'8	8'5	5'3
V.	15.619	13'3	8'3	5'0
VI.	9.920	13'7	8'1	5'6
VII.	7.866	11'1	6'2	4'9
VIII.	9.241	12'5	7'0	5'5
IX.	11.158	14'7	8'2	6'5
X.	14.007	15'7	8'9	6'8
XI.	15.865	17'2	10'3	6'9

Die Zuckerrüben-Kampagne hat im November 39.800 t Zucker ergeben. Da sich die Produktion in den übrigen Sparten der Nahrungs- und Genuss-

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie¹⁾

Zeit	Baumwolle	Zellwolle B-Typ	Zusammen	Schafwolle	Zellwolle W-Typ	Zusammen	Hanf	Flachs	Jute	in Tonnen										
										Reißspinnstoffe	Baumwollgarne	Zellwollgarne B	Streichgarne	Kammgarne	Zellgarne W	Kunstseidengarne	Leinengarne	Hanfgarne	Jutegarne	
1937	3.083		3.083	833		833	1.130		623											
1948	1.216	390	1.606	432	205	637	140	144	134	700	682	184	375	40	28	70	28	34	5	
1949	1.686	584	2.270	655	363	1.018	226	141	275	847	1.099	310	489	115	28	138	44	50	26	
1950 I.	1.655	889	2.544	776	340	1.116	279	165	413	906	1.247	467	557	154	60	137	70	71	56	
II.	1.705	792	2.497	783	315	1.098	417	153	439	918	1.072	513	557	151	46	139	51	72	53	
III.	1.882	978	2.860	922	406	1.328	1.115	189	660	1.051	1.289	577	652	227	52	142	58	78	70	
IV.	1.446	927	2.373	719	297	1.016	482	163	409	866	1.115	530	503	156	51	133	70	76	56	
V.	1.653	891	2.544	724	392	1.116	600	147	476	860	1.186	492	447	146	60	115	73	117	57	
VI.	1.911	870	2.781	798	338	1.136	513	181	355	765	1.289	500	507	143	68	123	65	40	54	
VII.	1.550	791	2.341	776	261	1.037	560	76	322	591	1.055	426	380	145	44	105	42	60	45	
VIII.	1.757	697	2.454	570	211	781	507	175	410	790	1.352	462	526	141	51	133	54	49	65	
IX.	1.927	863	2.790	683	334	1.017	324	170	368	829	1.311	526	635	216	70	128	54	54	58	
X.	1.996	838	2.834	743	339	1.082	279	158	444	1.011	1.578	560	530	203	86	154	61	81	70	
XI.	1.974	896	2.870	615	428	1.043	322	143	658	971	1.414	570	675	186	86	134	61	71	69	

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

mittelindustrie gut entwickelt hat, stieg der Gesamtindex sprunghaft um 42,1%. (Siehe Tabelle *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* auf S. 41.)

Die *Tabakwarenerzeugung* war i. J. 1950 bereits um 18% größer als i. J. 1937 und überstieg die von 1949 um 34%. Trotz starkem Sinken der Rohtabakimporte, die wegen der veränderten Verbraucherwünsche nun auch mehr als vor dem Kriege aus Amerika kommen, ist die Erzeugung durch bedeutende Vorräte auf lange Zeit gesichert.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 42

Die im Einzelhandel typische Umsatzspitze im *Dezember* war im Jahre 1950 infolge eines äußerst lebhaften Weihnachtsgeschäftes besonders stark ausgeprägt. Trotz den verhältnismäßig hohen Novemberumsätzen, die um 24% über dem durchschnittlichen Monatsumsatz lagen und für den letzten Monat einen schwächeren Geschäftsgang erwarten ließen, stiegen die Umsätze in den Wiener Warenhäusern um 92%, in den Konsumgenossenschaften um 50% und im Gesamteinzelhandel um 70%¹⁾. Auf den Monat *Dezember* entfiel ein Anteil an den Jahresumsätzen, der — abgesehen von der Nahrungsmittelbranche — nicht nur größer als im Jahre 1949, sondern auch im Vergleich zu anderen Ländern außergewöhnlich hoch war. Allerdings haben die Einzelhandelspreise seit September 1950 fast allgemein angezogen. (Nahrungs- und Genußmittel um 13%, Bekleidung um 5%, Haushaltsgegenstände um 3%.)²⁾

Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz im Einzelhandel

Betriebsform und Branche	Österreich		Deutschland ¹⁾ Schweiz ²⁾	
	1949	1950	1949	
	Dezemberumsätze in % der Jahresumsätze			
Warenhäuser insgesamt.....	17'4 ³⁾	21'9 ³⁾	17'6	.
davon				
Textilien und Bekleidung.....	16'0 ³⁾	20'4 ³⁾	.	.
Möbel und Hausrat.....	16'9 ³⁾	23'6 ³⁾	..	.
Sonstiges.....	25'3 ³⁾	30'2 ³⁾	.	.
Konsumgenossenschaften.....	13'5	13'3	12'0	.
Einzelhandel insgesamt.....	15'0	17'5	12'7	11'6
davon				
Nahrungs- und Genußmittel.....	13'7	13'6	11'5	10'1
Textilien und Bekleidung.....	16'0	20'3	14'6	12'0
Sonstige Branchen.....	22'6	27'9	16'1 ³⁾	16'6 ³⁾

¹⁾ Der Ländervergleich kann nur ungefähr als Anhaltspunkt dienen, da die statistische Erfassung nach Branchen z. T. abweicht. — ²⁾ Wiener Warenhäuser. — ³⁾ Arithmetisches Mittel der übrigen Branchen.

¹⁾ Die Umsatzzunahme gegenüber dem Vormonat ist zum Teil auf die verlängerten Geschäftszeiten an Samstagen und den Verkauf an zwei Sonntagen zurückzuführen. Je Verkaufstag sind die Umsätze im Gesamteinzelhandel nur um 57% gestiegen.

²⁾ Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes.

Obwohl in Jahren einer aufsteigenden Men-genkonjunktur, wie sie für das Jahr 1950 zweifellos noch zutrifft, der Dezemberanteil stets höher als in normalen Jahren ist, muß die übersaisonnmäßige Geschäftsbelebung im Dezember 1950 insbesondere aus der angespannten weltwirtschaftlichen und politischen Situation erklärt werden. Neben den Weihnatskäufen dürften Bevorratungen die Nachfrage erhöht haben, wodurch nicht allein Zweige des typischen Weihnachtsgeschäftes stark belebt wurden, sondern auch eine Reihe anderer Branchen übersaisonnmäßige Umsatzsteigerungen hatte. Diese Vermutung wird durch den entgegen den saisonmäßigen Erwartungen guten Geschäftsgang im Jänner (nach bisher unvollständigen Meldungen) bestätigt. Die Kaufkraft wurde durch die Zahlung der zweiten Hälfte des 13., vielfach auch eines 14. Monatsgehalmes und von Weihnachtsremunerationen sowie durch das Abheben von Sparbeträgen — die privaten Weihnatsparvereine, die im Jahre 1950 sehr zugenommen haben, sollen Schätzungen zufolge rund 70 Mill. S ausgeschüttet haben — erheblich gestärkt.

Einzelhandelsumsätze im Dezember

Geschäftszweig	1950		1950 in % von 1949
	Veränderungen gegenüber November in %		
Wiener Warenhäuser insgesamt..	+ 51'9	+ 92'1	153'8
davon			
Textilien und Bekleidung..	+ 42'0	+ 83'3	158'2
Möbel und Hausrat	+ 38'4	+ 96'0	152'7
Sonstiges	+ 111'2	+ 137'4	138'5
Konsumgenossenschaften	+ 45'8	+ 49'9	121'4
Einzelhandel insgesamt	+ 44'9	+ 69'6	147'2
davon			
Nahrungsmittel	+ 49'4	+ 55'2	121'1
Textilien und Bekleidung..	+ 39'4	+ 76'2	167'7
Sonstige Branchen	+ 91'6	+ 128'5	140'9

Die Geschäfte in den einzelnen Branchen und Warengruppen wurden von der allgemeinen Nachfragesteigerung verschieden stark belebt. Am größten war die Umsatzsteigerung bei den unter „*Sonstige*“ zusammengefaßten entbehrlichen Gütern, die vor allem für Geschenkzwecke bevorzugt werden; in den Wiener Warenhäusern betrug sie 137%; im Gesamteinzelhandel 129%. Der Handel mit *Papierwaren* und *Lederwaren* meldete sogar Umsatzzunahmen bis auf das Dreifache des Vormonats. Auch der *Buchhandel* hatte einen guten Geschäftsgang; er war zum Teil auf die intensive Werbung der Buchwoche zurückzuführen. Besonders gute Umsätze wurden bei Jugendbüchern erzielt, so daß einzelne „Standardwerke“ kurz vor Weihnachten vergriffen waren. Der Absatz von *Textilien und Bekleidung*, die nicht nur zum Schenken, sondern offenbar auch auf Vorrat gekauft wurden, nahm in den

Wiener Warenhäusern um 83%, im Gesamteinzelhandel um 76% zu. Am stärksten war der Umsatzzuwachs bei fertiger Herren- und Damenbekleidung (um 92% und 88%), da für Geschenkzwecke Wirk- und Strickwaren, Wäsche, Blusen, Krawatten, Schals u. ä. bevorzugt werden. Die Käufe von Meterware nahmen um 68%, die von Schuhen um 42% zu. Dabei konnte die Nachfrage nach Pelzschuhen und -stiefeln, die trotz mildem Wetter über Erwarten stark stieg, nur zum Teil befriedigt werden, da der Handel bei dieser nur kurze Zeit gängigen und sehr stark der Mode unterliegenden Ware meist sehr vorsichtig disponiert.

Die Umsätze an *Möbeln und Hausrat* nahmen in den Warenhäusern um 96%, im Fachhandel um 60% zu. Auch in dieser Branchengruppe nahmen die Käufe der für Geschenkzwecke bevorzugten Waren stärker als die anderer Bedarfsgüter zu (Glas- und Porzellanwaren auf mehr als das Doppelte, Möbel nur um 40%).

Der Absatz von *Nahrungs- und Genußmitteln* stieg um 55% und war um 21% höher als im Dezember 1949. Diese Nachfragebelebung war nicht nur dem erhöhten Feiertagsbedarf, sondern auch den wieder-auflebenden Vorratskäufen (wegen erwarteter Bewirtschaftungsmaßnahmen) zuzuschreiben.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) betrugen im Dezember rund 200 Mill. S und waren um 2% niedriger als im Vormonat. Da die Einzelhandelsumsätze im November zugenommen haben, kann daraus auf eine schwächere Geschäftstätigkeit in den vorgelagerten Stufen geschlossen werden.

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* nahmen um 28% ab und erreichten mit rund 91 Mill. S den seit April 1950 niedrigsten Stand. Außer der Tabak- und Zuckersteuer, deren Erträge um 29% und 30% geringer als im Vormonat waren, sanken die Eingänge aus der Biersteuer übersaisonnmäßig stark (um 70%). Während im Dezember 1949 6 Mill. S an Biersteuer eingingen, waren es im Dezember 1950 nur 4 Mill. S. Dies ist um so bemerkenswerter, als bis November der Bierkonsum 1950 weitaus höher als im Jahre 1949 war. Dagegen blieben die Einnahmen aus der Wein- und Salzsteuer gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 43—45

Im Dezember fiel die Zahl der Beschäftigten um 67.800 auf 1.912.900, ein Stand, der etwas unter dem Vorjahre liegt¹⁾. Der Rückgang gegenüber Novem-

ber war etwas geringer als im Vorjahr (als er 70.900 betrug).

Der durchschnittliche Beschäftigtenstand im Jahre 1950 (1.946.900) war, wenn auch geringfügig, höher als im Vorjahr (1.944.900). Das Jahr 1950 brachte somit einen neuen Höchststand der Beschäftigung in der Nachkriegszeit. Gegen Ende des Jahres war allerdings die Beschäftigung kaum noch höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Nur im industriell-gewerblichen Sektor²⁾ stieg die Beschäftigung etwas stärker, von 1.447.000 im Jahre 1949 auf 1.458.000 im Jahre 1950. Aber auch hier ist die Zunahme bereits viel geringer als in den Vorjahren (von 1948 auf 1949 stieg die durchschnittliche Beschäftigung um 21.600 Personen).

Während die Beschäftigungsentwicklung stationär wurde, stieg das Arbeitskräfteangebot und damit die Arbeitslosigkeit weiter. Das durchschnittliche Arbeitskräfteangebot (Beschäftigte plus Stellensuchende) stieg von 2.045.000 im Jahre 1949 auf 2.075.900 im Jahre 1950. Von dieser Zunahme um 31.900 fanden nur 2.000 Beschäftigung; der Rest vermehrte die Zahl der Stellensuchenden, die dementsprechend von 100.100 im Jahre 1949 auf 129.000 im Jahre 1950 anstieg. Da nur ein kleiner Teil des erhöhten Arbeitskräfteangebotes auf Arbeitsplätzen untergebracht werden konnte, ist die sichtbare Arbeitslosigkeit von 4,9% der gesamten Arbeitskräfte (5,1% der Beschäftigten) im Jahre 1949 auf 6,2% (6,6%) im Jahre 1950 gestiegen.

Parallel mit dieser Steigerung der Arbeitslosigkeit hat sich auch die Saisonschwankung im Winter 1949/50 verstärkt. Zwar hat die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden von November auf Dezember 1950 prozentuell mit 53,2% etwas weniger stark zugenommen als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres (+ 57,9%), infolge der höheren Arbeitslosigkeit war jedoch die absolute Zunahme mit 64.300 um 13.100 größer als im Vorjahr. Damit erreichte die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden Ende des Jahres 184.200. Von der Zunahme der Arbeitslosigkeit wurden die Bauarbeiter besonders stark betroffen (die Zahl der Stellensuchenden stieg von 12.500 auf 34.900). Aber auch in allen anderen Berufsgruppen mit Ausnahme des Gastgewerbes wurden Arbeits-

¹⁾ Die für den Dezember 1949 angegebene Beschäftigtenzahl betrug zwar nur 1.911.900, doch wurde neuerdings die Erhebungsgrundlage etwas erweitert. Die Zahl für Dezember 1950 enthält nun auch die Mitglieder der Betriebskrankenkasse der Salinen, der Lehrerkrankenfürsorge für Oberösterreich und der Lehrerkrankenkasse für Innsbruck, alles in allem nahezu 6.000 Personen.

²⁾ Dieser schließt auch die nicht-pragmatisierten öffentlichen Angestellten ein.

kräfte entlassen. Seither ist die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Am 15. Jänner wurden 219.400 verfügbare Arbeitslose gezählt, d. s. um 30.000 mehr als im bisherigen Nachkriegshöhepunkt (Februar 1950). Auch der absolute (nicht aber der relative) Zuwachs hatte sich in der ersten Jännerhälfte gegenüber Dezember vergrößert.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 46—47

Die Güter-Verkehrsleistungen der Bundesbahnen gingen im Dezember mit dem Ende der Erntetransporte von 6176 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometern auf 5746 Mill. zurück. Die Zahl der täglichen Wagenstellungen (Voll- und Schmalspur) sank von 6.256 auf 5.806, lag damit aber immer noch über dem Stand von Dezember 1949. Kohle, Holz, Eisen und Magnesit waren die bedeutendsten Transportgüter sowohl im Binnen- als auch im Auslandsverkehr.

Der Transitverkehr belebte sich im Dezember beachtlich und erreichte mit 114'2 Mill. Netto-Tonnenkilometern (Nov. 89'3 Mill.) und 347.631 Tonnen (262.259) den höchsten Monatsstand seit Mitte 1949. Die Einnahmen aus dem Transit stiegen von 35'3 Mill. S im November auf 44'7 Mill. S im Dezember.

Von der gesamten Steigerung um 85.372 Tonnen entfiel der überwiegende Teil, nämlich 75.431 t, auf den Durchzugsverkehr in folgenden Verkehrsrelationen:

	November in Tonnen	Dezember	Vorherrschende Waren
1. Deutschland—Italien ...	13.874	65.717	Weizenmehl, Kohle
2. Italien—Ungarn	5.735	11.442	Obst, Erze, Bauxit
3. Ungarn—Deutschland...	1.763	12.595	Weizen, Fleisch, Rinder, Schweine
4. CSR—Jugoslawien	1.027	6.442	Kohle, Glas
5. Türkei—CSR	349	1.783	Baumwolle
Summe 1—5...	22.748	98.179	

Der außergewöhnlich gute Weihnachtsverkehr erhöhte die Zahl der verkauften Karten im Personenverkehr von 4'67 Mill. auf 5'54 Mill. Stück.

Die Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen lagen im IV. Quartal 1950 saisonüblich über denen im III. Quartal¹⁾, überschritten jedoch auch die vom IV. Quartal 1949. Die höheren Anforderungen der Wirtschaft machen sich insbesondere in den um 15% höheren Wagengestellungen bemerkbar, die mit täglich 5.892 Wagen die letzten Vorkriegsjahre übertreffen. Auch die Transitleistung ist gegenüber dem günstigen IV. Quartal 1949 noch gestiegen. Im Personenverkehr hat die Zahl der Zugskilometer²⁾ um 14'9% infolge der größeren Zugdichte zugenommen. Die Zahl der Wagenachskilometer³⁾ erhöhte sich aller-

dings nur um 4'6%, da die Zugsgarnituren weniger Personenwagen mitführten. Da die Reisefrequenz nur wenig stieg (2'3%), konnte die Überfüllung im Reiseverkehr vermindert werden. Der Rückgang des Reiseverkehrs gegenüber dem III. Quartal 1950 ist saisonmäßig.

Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im IV. Quartal 1950

Art	IV. Quar- tal 1949	IV. Quar- tal 1950	1949 = 100	III. Quar- tal 1950 = 100
<i>Güterverkehr</i>				
Netto-Tonnenkilometer (Mill.) ¹⁾ ..	1.615'7	1.796'9	111'2	120'5
Zugskilometer (in 1.000) ²⁾	5.909'1	6.106'9	103'4	107'4
Wagengestellung (Arbeitstag)	5.119	5.892	115'1	112'1
Transit (Mill. Netto-t-km)	294'1	306'9	104'4	122'4
Transit (1.000 Tonnen)	840'4	883'7	105'2	128'4
<i>Personenverkehr</i>				
Verkaufte Karten (in 1.000)	14.698	15.035	102'3	82'7
Zugskilometer (in 1.000)	7.843'4	9.014'8	114'9	94'7
Wagenachskilometer (in Mill.) ³⁾ ..	114'4	119'7	104'6	84'9

¹⁾ Dienst-, Post-, Postbei- und Güterwagen einschließlich Dienstverkehr. —

²⁾ Einschließlich Dienstverkehr. — ³⁾ Personenwagen.

Die Tarife wurden im IV. Quartal vor allem durch die Regelung der bis 31. Dezember 1950 gültigen Ausnahmetarife⁴⁾, die im Zuge der Tarifreform vom Juni 1949 gewährt worden waren, und die Auswirkungen der Devisenkursänderung⁴⁾ beeinflusst. Nach dem Stande vom 1. Jänner 1950 und als Ergebnis von Verhandlungen sind 75 Ausnahmetarife und 6 Durchfuhr-Ausnahmetarife in Kraft; 10 AT wurden gestrichen⁵⁾.

Die übrigen Tarifmaßnahmen hielten sich im Rahmen der üblichen Änderungen. Auf Grund der Besprechungen in Rom (23. bis 25. November) wurde ein Verbandstarif mit Italien beschlossen; er wird in Aufbau und Gliederung den Tarifen mit Triest und Venedig entsprechen, jedoch ohne Leitungsvorschriften sein.

Der für die österreichischen Verfrächter interessante Wettbewerb zwischen Triest und den Nordseehäfen hat sich im IV. Quartal weiter verschärft. Hierzu trugen einerseits die österreichische Kursregelung und andererseits Frachtbegünstigungen der DBB, insbesondere für den kombinierten Donau-Bahn-Weg bei. Die Differenz der absoluten Frachtbeträge ist für einige Güter auf wenige Prozent zusammengeschrumpft (so Roheisen auf 9% zu Gunsten von Triest), wird aber durch die niedrigeren Hafengebühren, Seeraten und bessere Bedienung in den Nordseehäfen ausgeglichen. Die ab 1. Jänner 1951 geltenden generellen Durchfuhr-Frachtermäßigungen der DBB⁶⁾ verschärfen den Wettbewerb noch mehr. Verhand-

⁴⁾ Siehe Nr. 10 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 495.

⁵⁾ 28 (Papier), 34 (Kartoffel), 43 (Kupferkiesabbrände), 44 (Buchenholz), 45 (Flachs, Hanf), 47 (Zellwolle), 50 (Zuckerrüben), 56 (Bauxit), 69 (Kreide) und 72 (Kalisalze).

⁶⁾ Es handelt sich fast durchwegs um Mengenrefaktien im Rückvergütungsweg mit einem Frachtnachlaß bis zu 20%. Im Verkehr mit Österreich werden eingeschlossen: Güter der Klasse A—D von Österreich oder darüber hinausgelegener Länder, Schnittholz und Rundholz, Grubenholz, Kalkamonsalpeter, Eisenbleche, Eisenplatten, Roheisen von Österreich, Eisenerze, Fische nach Österreich (genaue Angaben siehe Zeitschrift „Verkehr“, Nr. 2, 1951, Seite 47).

¹⁾ Siehe Nr. 11 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 557.

²⁾ Zurückgelegter Weg aller Züge in km.

³⁾ Zahl der Wagenachsen mal zurückgelegter Weg.

lungen in Regensburg (24. bis 26. Jänner 1951), denen bereits am 18. bis 22. November 1950 eine Konferenz in Rom vorausging, sollen die Wettbewerbsfrage lösen und zum Abschluß eines Deutsch-Österreichischen Seehafentarifs (DÖS) führen. Die Besprechungen führten zu einem bis Herbst 1951 befristeten Provisorium. Die Mindestspanne der deutschen Transitsätze gegenüber Triest soll 17% betragen, die jedoch nur in wenigen Fällen erreicht werden dürfte, so daß mit einer durchschnittlich höheren Spanne zu rechnen ist.

Der *Schiffsverkehr* auf der oberen Donau (einschließlich Jugoslawien-Verkehr) erreichte in den Monaten Oktober und November mit 148.793 t bzw. 143.538 t einen bisherigen Höchststand seit Kriegsende. Die Leistungen im Oktober konnten infolge des niederen Wasserstandes und der langen Nebelperiode nur unter Einsatz der gesamten Kahn- und Tankflotte erstellt werden, während im November günstige Wasserverhältnisse eine weitgehende Kahnraumauslastung gestatteten.

Schiffsverkehr auf der Donau im Jahre 1950

Monat	Insgesamt	Österreich in Tonnen	Deutschland	Jugoslawien
Juni	126.401	73.299	34.177	19.015
Juli	131.043	76.400	33.595	21.048
August	126.816	75.991	33.126	17.699
September	98.431	64.669	33.762	25.316
Oktober	148.793	88.472	43.464	16.857
November	143.538	84.419	36.035	23.084

Das Verhältnis zwischen Tal- und Bergverkehr der deutschen und österreichischen Gesellschaften gestaltete sich nur im November zufolge größerer Verschiffung ungarischen Getreides von Linz nach Regensburg günstiger. Demgegenüber war der Jugoslawien-Verkehr in beiden Richtungen nahezu ausgeglichen, so daß Leerraumbewegungen nicht nötig waren. Der Anteil der österreichischen Flotte betrug in beiden Monaten 59%.

Schiffsverkehr der DDSG und Comos¹⁾

Monat	Insgesamt	Bergfahrt	Talfahrt	
			gesamt	davon Kohle
in Tonnen				
Ø Jänner—September 1950 ..	92.575	4.959	87.616	86.790
Oktober	122.284	5.726	116.558	116.034
November	120.551	13.772	106.779	106.745
Dezember	90.931	7.174 ²⁾	83.757	83.603
Jänner—Dezember 1950 ...	1.166.930	71.303	1.095.645	1.087.499
Jänner—Dezember 1949 ...	853.283	75.957	777.308	772.752
1950 in % von 1949	136'8	93'9	141'0	140'7

¹⁾ In den Häfen Regensburg, Linz und Wien verladene Mengen. — ²⁾ Einschließlich 4.243 t Heizöl von Wien nach Linz.

Erstmalig seit Kriegsende konnten durch Vereinbarung mit der russischen Mineralölverwaltung OROP und mit Genehmigung des Besatzungsleiters auch Transporte von Wien nach Linz aufgenommen werden. Es wurden 4.243 t Heizöl von Wien nach Linz (Ende Dezember) mit drei neuen

Zugschiffen und neun Schleppern verschifft. Über die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau dieser Transporte wird verhandelt.

Der Güterverkehr auf der Straße

Die Leistungen des Güterverkehrs auf der Straße sind in allen Erörterungen über die Frage Schiene—Straße immer eine unbekannte Größe. Ihre statistische Erfassung würde ohne Zweifel die Erörterung des Problems erleichtern, da erst ein ziffernmäßiger Leistungsvergleich das Ausmaß des Konkurrenzkampfes erkennen läßt. Solange diese Leistungsmeldungen fehlen, muß zu Schätzungen gegriffen werden, die je nach der Wahl der Ausgangsdaten und der Annahmen, die zugrunde gelegt werden, mehr oder weniger von der Wirklichkeit abweichen werden. In der folgenden Schätzung wird versucht, auf Grund der Statistik über den Kraftfahrzeugbestand Österreichs, die Ladekapazität der Straßentransportfahrzeuge zu ermitteln und hieraus Schlüsse auf die erreichbaren Leistungen zu ziehen.

Bestand an Straßentransportfahrzeugen

Österreich verfügt nach dem Stande vom 31. Oktober 1949 (letzte Zählung) über 41.248 Lastkraftwagen und 19.764 Anhänger aller Art¹⁾. Im Vergleich zum Jahre 1936 hat sich die Zahl der Lkw verdreifacht und die der Anhänger verneunfacht. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Überalterung der Lastkraftwagen gegenwärtig größer ist als vor dem Kriege, was die jährliche Kilometerleistung vermindert — denn die Besitzer sind auf weitestgehende Schonung ihrer Wagen bedacht und versuchen, sie so lange als nur möglich auszunutzen, da die Neubeschaffung schwierig ist. So waren vor dem Kriege nur 28'8% aller Fahrzeuge älter als 10 Jahre, gegenwärtig sind es 37'8%. Das durchschnittliche Lebensalter eines Wagens

Fahrzeugbestand (Lastkraftwagen) nach Alter

Alter	1936	1949
in %		
bis 5 Jahre.....	14'7	13'5
über 5 bis 8 Jahre.....	31'3	28'6
über 8 bis 10 Jahre.....	25'2	20'1
über 10 Jahre.....	28'8	37'8

erhöhte sich damit von 10'1 Jahre auf 11'5 Jahre, womit der europäische Durchschnitt, der für Lkw bei 10 Jahren liegt (USA 12 Jahre), stark überschritten wird, sofern man die erheblich höhere Abnutzung infolge des Zustandes und der Steigungsverhältnisse der österreichischen Straßen berücksichtigt.

Gliedert man die Fahrzeuge nach der Nutzlast, so zeigt sich im Vergleich zur Vorkriegszeit eine Vergrößerung des Bestandes an schweren Fahrzeugen. Entfielen i. J. 1936 noch 62'9% auf die leichten Wagen bis 2 t, so waren es im Jahre 1949 nur noch 38'4%. Die Verlagerung erfolgte zugunsten der Zwei- bis Dreitonner (viele US-Armeefahrzeuge) und der Lkw über 5 t, deren Anteil von 29'8% auf 52'7% gestiegen ist. Entsprechend dem österreichischen Produktionsprogramm (3'5-t-Diesellastwagen) dürf-

¹⁾ Zugmaschinen, Traktoren und Dreiräder sind nicht enthalten und werden auch in dieser Schätzung nicht berücksichtigt.

Bestand an Straßentransportfahrzeugen

Nutzlast	Zahl der Wagen		Anhänger		Klassenanteile bei	
	Zugfahrzeuge	1936 = 100	1949	1936 = 100	1936	1949
bis 1 t	9.820	209'9	4.538	943'5	34'4	23'8
über 1—2 t	6.020	155'3	1.945	972'5	28'5	14'6
über 2—4 t	19.796	531'6	7.805	1.171'9	27'4	48'0
bis 4 t	35.636	290'2	14.288	1.060'7	90'3	86'4
über 4—5 t	3.659	368'9	3.764	588'1	7'3	8'9
über 5 t	1.953	595'4	1.712	1.164'6	2'4	4'7
über 4 t	5.612	425'2	5.476	695'8	9'7	13'6
Summe	41.248	303'3	19.764	926'1	100'0	100'0

¹⁾ Einschließlich 681 Wagen mit unbekannter Nutzlast, für die ein Durchschnitt von 2'6 t angenommen wurde.

ten zukünftig die 3—4-t-Wagen und Fahrzeuge über 5 t (Saurer 5'5-t-Diesel) noch stärker zunehmen. Dies zeigt auch die Statistik der Neuzulassungen (fabrikneue Fahrzeuge), derzufolge im Jahre 1950 von den 3.784 zugelassenen Lastkraftwagen 51'7% auf 3—4-Tonner und 15'5% auf Wagen von 5 t und mehr entfielen.

Die Zahl der Lastkraftwagen vermehrte sich von 13.599 im Jahre 1936 auf 41.248 Ende 1949, zum Teil schon in den Jahren 1937 bis 1944, da Ende 1944 der Lkw-Bestand Österreichs auf 25.243 Stück geschätzt wurde¹⁾. In der Nachkriegszeit wurde der Markt überwiegend aus Armeebeständen, dann auch durch UNRRA-Lieferungen, Importe und die heimische Produktion versorgt. Die Aufgliederung des Bestandes nach Erzeugungsländern und -jahren zeigt, daß allein 21.404 Lkw auf deutsche und

Fahrzeugbestand nach Erzeugungsjahren und -ländern

	bis 1936		1937 bis 1945		1946 bis 1949		Insgesamt	
	Zahl	Anteil in %	Zahl	Anteil in %	Zahl	Anteil in %	Zahl	Anteil in %
Insgesamt	8.429	27'868	4.951	41'248	100'0			
Österreich	4.774	3'177	3.474 ¹⁾	11'425	27'7			
USA	249	6'720	383	7'352	17'8			
Deutschland	1.146	14'684	142	15'972	38'7			
Andere	2.260	3'287	952	6'499	15'8			
Davon:								
Anteil USA und Deutschland	16'6	76'8	10'6	56'5	—			

¹⁾ Davon 3.407 fabrikneue Fahrzeuge aus der heimischen Produktion.

USA-Fahrzeuge der Baujahre 1937 bis 1945 entfallen, wobei die USA-Wagen fast ausschließlich aus Armeebeständen kommen und die deutschen zu erheblichem Teil Wehrmachtsfahrzeuge sind²⁾.

Transportkapazität und Transportleistung

Die sehr weit aufgegliederte Fahrzeugstatistik nach Nutzlastklassen (je 500 kg) ermöglicht es, die *theoretische Transportkapazität* ziemlich genau zu errechnen. Sie betrug Ende 1949 (31. Oktober) für

¹⁾ Statistische Nachrichten 1. Jahrg. 1946, Heft 2.

²⁾ Der Bestand an deutschen Wagen in Österreich bis 1944 ist durch die letzten Kriegs- und Nachkriegsereignisse stark reduziert worden; der gegenwärtige Bestand kann daher in hohem Ausmaße nur auf dem Zuwachs an Wehrmachtsfahrzeugen beruhen. Diese gehören fast ausschließlich den kommerziellen Bautypen an und sind daher auch für den privaten Verkehr geeigneter als die amerikanischen Armeewagen mit ihrem hohen Eigengewicht und Brennstoffverbrauch bei relativ geringer Ladefläche.

	1936 = 100
Lastkraftwagen	107.274 t / 378'3
Anhänger	60.839 t / 834'8
Insgesamt	168.113 t / 471'6

Die Steigerung gegenüber 1936 um 371'6% ist größer als jene des Fahrzeugbestandes mit 287'8%, worin sich die Verlagerung auf schwere Wagen ausdrückt. Während die Transportkapazität der Wagen bis 2 t nur um 46'3% stieg, erhöhte sie sich für 2- bis 4-Tonner um 458'9% und über 5 t um 495'4%. Bei den Anhängern ist eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten, wobei jedoch die Anhänger über 3'5 t mit 57'8% der Kapazität stark überwiegen. Die nahezu verfünffachte Transportkapazität der Straßentransportfahrzeuge beruht daher in erheblichem Ausmaße auf der zunehmenden Verwendung von Anhängern.

Theoretische Transportkapazität der Straßentransportfahrzeuge

Nutzlast	Kapazität der Fahrzeuge		Anhänger		Anteile		
	Zugfahrzeuge	1936 = 100	1949	1936 = 100	Zugfahrzeuge	Anhänger	1949
	t	%	t	%	%	%	%
bis 1 t	5.251	149'5	3.371	1.006'3	12'4	4'9	5'5
über 1—2 t	9.968	144'6	3.396	943'3	24'3	9'3	5'6
über 2—4 t	61.780	558'9	25.208	1.018'5	39'0	57'6	41'4
über 4—5 t	17.581	368'9	18.592	588'0	16'8	16'4	30'6
über 5 t	12.694	595'4	10.272	1.075'6	7'5	11'8	16'9
Summe	107.274	378'3	60.839	834'9	100'0	100'0	100'0
Davon							
bis 4 t	76.999	358'8	31.975	1.008'7	75'7	71'8	52'5
über 4 t	30.275	438'8	28.864	701'1	24'3	28'2	47'5

Um die *effektive* jährliche Transportkapazität sowie die für das Konkurrenzproblem Straße—Schiene entscheidende Kapazitätsausnutzung zu errechnen, müssen verschiedene Faktoren berücksichtigt werden. Die theoretische Transportkapazität wird zunächst durch Reparaturen und die Unmöglichkeit beschränkt, manche Fahrzeuge (USA-Armeewagen)³⁾ voll auszulasten. Entsprechend der Überalterung der Fahrzeuge dürften ständig 23% der Lkw-Kapazität in Reparatur sein, während durch den Mangel an Vollausslastung zirka 4% wegfallen, so daß die Nutzlastkapazität um 27% vermindert wird. Die *theoretische Transportkapazität* sinkt damit von 168.113 t auf eine *effektive* von 139.149 t.

Die jährliche Transportkapazität in Netto-Tonnenkilometern, die erst einen Vergleich mit der Schiene ermöglicht, beruht auf der *Kilometerleistung* und der *Lebensdauer* der Lastwagen. Für die Kilometerleistung wurden die europäischen Durchschnittswerte⁴⁾ und österreichischen Erfahrungssätze angenommen, als Maß der Lebensdauer dagegen der Altersstand. Da Anhänger in weitaus geringerem Ausmaße in Betrieb sind, vermindert sich ihre Kilometerleistung. Korrigiert man deutsche Berechnungen mit österreichischen Erfahrungen, so kann für Anhänger bis 3'5 t eine Jahresleistung von 55% der Zugfahrzeuge bis 4 t und für Anhänger über 3'5 t eine solche von 70% der Lkw

³⁾ Die kleine Ladefläche kann der Nutzlast entsprechend zwar mit Munition voll ausgelastet werden, aber nur selten mit den sperrigen Handelsgütern.

⁴⁾ Die kilometrische Lebensdauer beträgt im europäischen Durchschnitt 250.000 km, die zeitliche 10 Jahre. (Nach Berechnungen von Szendy, Wien).

über 4 t angenommen werden. Der unterschiedliche Prozentsatz erklärt sich durch die häufigere Verwendung der größeren Anhänger im Überlandverkehr. Die anderen im Nahverkehr fahrenden Anhänger werden einerseits geringer ausgenutzt und andererseits vielfach in der Landwirtschaft verwendet und gehören damit nicht mehr zum konkurrenzrelevanten Straßenverkehr. Unter diesen Annahmen ergibt sich eine *rechnerische Transportkapazität* von 2.776 8 Mill. Netto-Tonnenkilometern, von denen 71'3% auf die Zugfahrzeuge entfallen.

Diese Kapazität wird aber dadurch beschränkt, daß die Fahrzeuge meist nicht voll ausgelastet sind, da sie auch Güter mit geringerem spezifischen Gewicht befördern müssen oder überhaupt leere Rückfahrten haben. Dies gilt besonders für den Nah- und Stadtverkehr, wo mitunter nur ein Bruchteil der Nutzlastkapazität ausgenutzt wird. Der Ausnutzungsgrad ist daher auch bei mittleren und leichten Fahrzeugen geringer als bei den schweren; er wurde für Wagen bis 4 t und Anhänger bis 3'5 t mit 55% der Kapazität angenommen und für die anderen Kategorien mit 65%. Die praktisch *ausnutzbare Kapazität* beträgt somit 1.644 Mill. Netto-Tonnenkilometer im Jahr, von denen 1.156 Mill. auf Lastkraftwagen und 489 Mill. Tonnenkilometer auf Anhänger entfallen.

Die jährlich ausnutzbare Transportkapazität der Straßen-transportfahrzeuge

Nutzlast	Lebensdauer 1.000 km Jahre	Jahres- leistung 1.000 km	Tages- ¹⁾ km	Effektive ²⁾ Tonnen	Rech- nerische Transportkapazität Mill. Netto-t-km	Ausnutz- bare ³⁾
Lkw						
bis 1 t	160	9	17'8	63'5	3.833	68'2
1—2 t	200	12	16'7	59'5	7.277	121'5
2—4 t	250	10	25'0	89'3	45.099	1.127'5
bis 4 t	—	—	—	—	56.209	1.318'2
über 4 t	300	10	30'0	107'1	22.101	663'0
Summe	—	—	—	—	78.310	1.980'2
Anhänger						
bis 3'5 t	—	—	4'11'3	40'3	25.623	289'5
über 3'5 t	—	—	4'14'4	51'3	35.216	507'1
Summe	—	—	—	—	60.839	796'6
Lkw + Anh.	—	—	—	—	139.149	2.776'8
dav. gewerb- l. Fuhrbetriebe ⁴⁾	—	—	—	—	40.118	871'4

¹⁾ 280 Arbeitstage pro Jahr. — ²⁾ 73% der theoretischen Nutzlast. — ³⁾ 55% bis 4 t, 65% über 4 t. — ⁴⁾ 55% der Zugfahrzeuge bis 4 t, gewogenes Mittel. — ⁵⁾ 55% Kapazitätsausnutzung. — ⁶⁾ 70% der Zugfahrzeuge über 4 t. — ⁷⁾ 65% Kapazitätsausnutzung. — ⁸⁾ Da eine Besitzaufgliederung für Anhänger nicht vorliegt, wurden dem gewerblichen Fuhrbetrieb von den 1—2 t 15%, über 2—3'5 t 20%, über 3'5 t 30% des Bestandes zugerechnet. — ⁹⁾ 70% Kapazitätsausnutzung.

Transportkapazität des Fernverkehrs

Der Schienenleistung von 6'3 Mrd. Tonnenkilometer stand somit im Jahre 1949 eine (errechnete) Straßen-Transportleistungskapazität von 1'6 Mrd. Netto-Tonnenkilometer gegenüber. Es kann jedoch nur ein Teil von dieser als Wettbewerb angesehen werden; sowohl der Stadtverkehr als auch größtenteils der Nahverkehr und der Zubringerverkehr gehören nicht dem mit der Bahn konkurrierenden Straßenverkehr an, so daß nur der Fernverkehr als entscheidender Konkurrent zu betrachten ist. Da hierfür größtenteils nur Wagen über 4 t und Anhänger über 3'5 t rentabel sind, kann deren Kapazität zugrunde gelegt werden. Ihre praktisch ausnutzbare Kapazität (Lkw und Anhänger) beläuft sich auf 760'7 Mill. Netto-Tonnenkilometer, sofern für die im gewerblichen Güterverkehr verwendeten Fahrzeuge eine 70%ige Kapazi-

tätsausnutzung angenommen wird. Ohne Zweifel ist aber auch ein Teil der schweren Fahrzeuge nicht im konkurrierenden Fernverkehr tätig, wie z. B. Wagen der Bundesbahnen, der Straßenverwaltung, der Polizei, des echten Werksverkehrs, des Zubringerverkehrs und der Landwirtschaft. Setzt man den Anteil der so verwendeten Fahrzeuge bei Lkw mit rund 20%, bei Anhängern mit 30% fest¹⁾, so verbleibt eine tatsächliche Wettbewerbskapazität von 575'6 Mill. Netto-Tonnenkilometer, d. s. 9'1% der Güterverkehrsleistung der Bundesbahnen im Jahre 1949. Hieran dürfte der gewerbliche Güterfernverkehr mit 242'2 Mill. Netto-Tonnenkilometer oder rund 4% der Schienenleistung beteiligt sein, während der Rest auf den Werksverkehr entfällt.

Wettbewerbskapazität des Fernverkehrs
(Lastkraftwagen über 4 t und Anhänger über 3'5 t)

Bezeichnung	Insgesamt		Fuhrbetriebe		Übrige	
	LKW	Anhänger	LKW	Anhänger	LKW	Anhänger
Fahrzeugbestand	5.612	7.064	2.603	2.119	3.009	4.945
Theor. Transportkapazität t	30.276	35.216	13.623	10.565	16.653	24.651
Effektive „	22.101	35.216	9.945	10.565	12.156	24.651
Effektive Transportkapazität Mill. Netto-t-km	663'0	507'1	298'4	152'1	364'6	355'0
Ausnutzbare Kapazität Mill. Netto-t-km	431'0	329'7	208'8	106'5	222'2	223'2
Wettbewerbs-Kapazität Mill. Netto-t-km	344'8	230'8	167'0	75'2	177'8	155'6
in Prozent	575'6 100'0		242'2 42'1		333'4 57'9	

Der relativ geringe Anteil des konkurrierenden Straßenverkehrs an der jährlichen österreichischen Transportleistung besagt freilich nur wenig hinsichtlich des für die Wettbewerbslage der Bundesbahnen entscheidenden wertmäßigen Anteiles. Da die hochwertigen Güter die Straßenverkehrsmittel bevorzugen, kann infolge des Werttarifsystems der Bahn die 9%ige Wettbewerbskapazität des Fernverkehrs für die Bundesbahnen einen Einnahmehinweg von 20 bis 25% ihrer Güterverkehrseinnahmen bedeuten. Leider stehen für derartige Schätzungen nur völlig unzureichende Unterlagen zur Verfügung. Zwar ließen sich die Straßen-Fernverkehrseinnahmen in der Gesamtsumme abschätzen, da aber über die Art der beförderten Güter nur unzulängliche Angaben bestehen, kann keine vergleichende Frachtberechnung auf Grund des Bahntarifes vorgenommen werden. Immerhin gibt auch die praktisch ausnutzbare Straßentransportkapazität gewisse Anhaltspunkte für die Schätzung der Intensität des Wettbewerbes zwischen Schiene und Straße.

Außenhandel

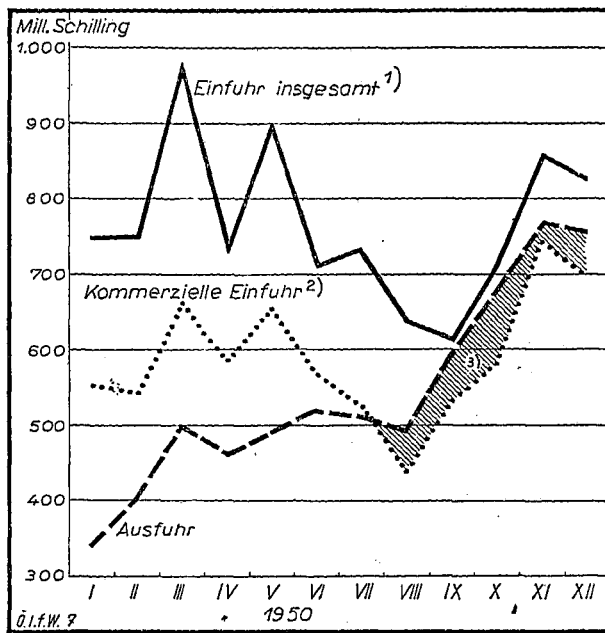
Dazu statistische Übersichten S. 48—50

Im Dezember konnte der Außenhandel nicht mehr das hohe Niveau halten, das er im November erreicht hatte. Die *kommerzielle Einfuhr* ging um 42'1 Mill. S auf 698'7 Mill. S zurück, obwohl im Dezember die Ausgangsposition bei der Zahlungsunion in größerem Ausmaß (19'2 Mill. Dollar²⁾) in An-

¹⁾ Der Anteil von Gewerbe, Handel und Verkehr am gesamten Lkw-Bestand beträgt 86'2% und dürfte in der Kategorie über 4 t zirka 93% betragen.

²⁾ Im Zeitraum Juli-Dezember sind 37'4 Mill. \$ oder nahezu die Hälfte der 80 Mill. \$ Ausgangsposition aufgebraucht worden.

Österreichs Außenhandel 1950 (Normaler Maßstab, in Mill. Schilling)



¹⁾ Kommerzielle Einfuhr plus ERP (Direct Aid). — ²⁾ Bis Juni einschließlich Drawing Rights; ab Juli einschließlich Initial Position. — ³⁾ Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Handelsverkehr.

Die Ausfuhr zeigte im Verlauf des Jahres 1950 einen starken Aufschwung, der besonders im letzten Quartal deutlich in Erscheinung trat. Die kommerzielle Einfuhr blieb dagegen die längste Zeit — von monatlichen Schwankungen abgesehen — weitgehend unverändert, so daß sich in den letzten fünf Monaten des Jahres im kommerziellen Verkehr ein Ausfuhrüberschuß ergab. Die ERP-Lieferungen blieben seit September, infolge der Kürzung der Marshall-Hilfe, hinter den Vormonaten zurück.

spruch genommen wurde¹⁾; die Ausfuhr ging um 7'6 Mill. S auf 757'1 Mill. S zurück, und nur die ERP-Einfuhr stieg um 18 Mill. S auf 129 Mill. S.

Der Rückgang der Ausfuhr fällt deshalb etwas schwerer ins Gewicht, weil normalerweise im Dezember die weitaus höchste Ausfuhr erzielt wird. Der saisonbereinigte Index fiel dementsprechend auch viel stärker als der Ausfuhrwert. Während dieser gegenüber November nur um 1% abnahm, sank der saisonbereinigte Index um 12% und blieb mit 397 (Ø 1948 = 100) auch noch um 4%; hinter dem Oktoberresultat zurück.

Für den Rückgang sowohl der Einfuhr als auch der Ausfuhr war der Verkehr mit Westdeutschland maßgeblich. In dieser Richtung ging die Einfuhr von November auf Dezember um 65'4 Mill. S und die Ausfuhr um 61'5 Mill. S zurück. Die erschwerenden Bedingungen, die Westdeutschland seinen Im-

¹⁾ Der Kredit bei der Zahlungsunion wird allerdings nicht notwendigerweise im gleichen Monat in Anspruch genommen, in dem die daraus bezahlten Waren geliefert werden.

porteuren im Oktober auferlegte, vor allem aber das Verzögern der Ratifizierung des neuen Handelsabkommens mit Deutschland bis 20. Jänner, dürften zu diesem Rückgang beigetragen haben. Es ist also damit zu rechnen, daß sich der Verkehr mit Deutschland von seinem Rückschlag im Dezember nach kurzer Zeit zumindest teilweise wieder erholen wird. Hingegen dürfte die inzwischen wieder etwas belebte Ausfuhr nach Italien im Februar einen neuen Rückschlag erleiden, wenn die Abwicklung der alten Kompensationsgeschäfte endgültig zu Ende gegangen ist. Auch die Ausfuhr nach Holland, mit ihrer bisher ständig steigenden Tendenz könnte einen leichten Rückschlag erleiden, wenn der Verkehr auch hier auf Clearingbasis umgestellt wird. Es ist daher schwierig, die weitere Entwicklung vorauszusehen, doch dürften bei der jetzigen Weltmarktlage keine ernststen Absatzschwierigkeiten entstehen, selbst wenn sich im Jänner und Februar der saisonübliche Rückschlag einstellt.

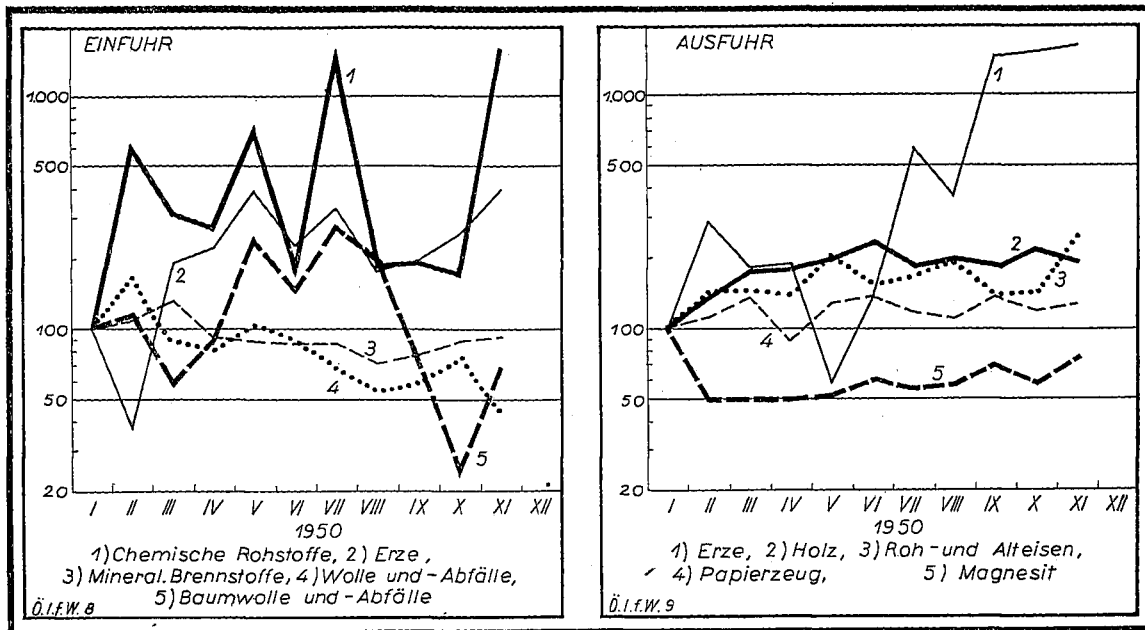
Was im Dezember der Außenhandel mit Westdeutschland einbüßte, wurde weitgehend durch gesteigerte Umsätze mit anderen Ländern ausgeglichen. So stieg der Handelsverkehr mit Osteuropa, insbesondere mit Polen, und die Ausfuhr in die Schweiz; der nach den überseeischen Staaten — mit Ausnahme der USA — konnte ebenfalls bedeutend gesteigert werden.

Wie bereits in früheren Berichten angedeutet wurde, verliert in dem Maße, als sich der Weltmarkt wieder in einen Verkäufermarkt mit weitverbreiteten Verknappungserscheinungen verwandelt, die Frage des Verhältnisses zwischen Ausfuhr und Einfuhr an Bedeutung, weil die Sicherstellung der für Lebenshaltung und Beschäftigung unentbehrlichen Nahrungsmittel und Rohstoffe in den Vordergrund rückt. Je fünf wichtige Gruppen von eingeführten und ausgeführten Waren aus dem Sektor „Rohstoffe und halbfertige Waren“²⁾ sind im folgenden einander gegenübergestellt; daraus ergibt sich ungefähr ein Bild von der Entwicklung seit Ausbruch des Koreakonfliktes.

Die ein- und ausgeführten Mengen haben sich seit Juni nicht stark geändert. Soweit eine Tendenz festgestellt werden kann, ist sie bei den eingeführten Rohstoffen — so insbesondere bei Wolle und Baumwolle — fallend, bei den ausgeführten — besonders Erzen und Magnesit — steigend. Ein stärkeres Hervortreten einer solchen gegenläufigen Tendenz müßte für die heimische Rohstoffversorgung

²⁾ Auf der Einfuhrseite stellten diese fünf Gruppen im Jahre 1950 wertmäßig 59'7% aller eingeführten Rohstoffe, auf der Ausfuhrseite 69% aller ausgeführten Rohstoffe dar.

Einfuhr und Ausfuhr wichtiger Rohstoffe im Jahre 1950
(Logarithmischer Maßstab; Jänner = 100)



Die seit dem Koreakrieg eingetretene Veränderung auf den Weltrohstoffmärkten hat sich auf den österreichischen Außenhandel noch nicht eindeutig ausgewirkt. Im allgemeinen jedoch läßt sich auf der Einfuhrseite — so insbesondere bei Wolle und Baumwolle — eine leicht fallende und auf der Ausfuhrseite — hier vor allem bei Erzen und Magnesit — eine leicht steigende Tendenz feststellen.

	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni in Zentner	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Einfuhr einschl. ERP												
Mineralische Brennstoffe	4.880.339	5.345.443	6.492.396	4.499.924	4.381.795	4.216.318	4.227.721	3.430.321	3.778.196	4.360.150	4.522.730	4.468.848
Erze	246.525	93.480	478.892	550.920	977.284	560.871	823.230	440.659	487.413	628.893	978.869	965.880
Baumwolle, -abfälle, -watte	12.519	14.620	7.484	11.138	29.738	18.262	34.186	23.937	9.071	3.011	8.481	10.017
Wolle, -abfälle, -watte	8.636	13.928	7.743	7.164	8.883	7.535	5.782	4.649	5.028	6.307	3.791	6.777
Chemische Rohstoffe	6.495	38.948	20.304	17.651	44.936	11.974	93.744	11.973	12.528	11.232	103.648	78.584
Ausfuhr												
Holz	591.765	804.904	1.018.094	1.050.774	1.177.935	1.381.307	1.082.120	1.181.052	1.090.636	1.281.533	1.132.755	1.160.965
Magnesit	163.609	81.548	80.616	79.782	83.030	95.470	88.836	92.747	112.009	94.198	119.633	106.909
Roh Eisen, Alteisen	231.062	324.779	327.610	315.477	465.458	357.129	388.398	442.203	322.403	329.308	558.042	380.948
Erze	11.155	31.512	20.215	20.969	6.655	14.927	65.566	37.135	166.118	167.739	184.162	233.186
Papierzeug	82.250	91.402	112.205	73.589	104.732	110.205	94.964	88.973	113.428	96.723	105.350	98.046

Gefahren mit sich bringen, um so mehr, wenn man berücksichtigt, daß das Volumen der Rohstoffausfuhr im ersten Halbjahr 1950 bereits um 8% über dem von 1937 lag, das der Rohstoffeinfuhr (einschließlich ERP-Lieferungen) aber noch um 2% dahinter zurückblieb.

Die Zahlungsbilanz

Um ein vollständigeres Bild von der Bedeutung des Außenhandels zu gewinnen, muß er im Rahmen der gesamten Außenwirtschaft, d. h. im Rahmen der Zahlungsbilanz betrachtet werden. Diese liegt — auf Grund von Angaben der Nationalbank — für die ersten drei Quartale 1950 vor. Sie ist, damit trotz der Abwertung mit 1949 verglichen werden kann, in Dollar aufgestellt¹⁾.

¹⁾ Die Umrechnung der Außenhandelsergebnisse in Dollarwerte kann bei der uneinheitlichen Wechselkurslage

Am augenfälligsten ist die Schrumpfung der Zahlungsbilanzsumme von 152 Mill. \$ im ersten Quartal 1950 auf 145 Mill. \$ im zweiten und 134 Mill. \$ im dritten Quartal. Diese Rückgänge um 7 und 11 Mill. \$ zeigen jedoch, da die Hilfslieferungen in den gleichen Zeiträumen um 26 und 15 Mill. \$ zurückgingen, keine Veränderung des kommerziellen Verkehrs an. Vielmehr hat sich, abgesehen von den verschiedenen Hilfslieferungen, der Umsatz im Verkehr mit den anderen Staaten erweitert.

Der Rückgang der Bilanzsumme der drei Quartale 1950 gegenüber dem Quartalsdurchschnitt 1949 (161 Mill. \$) ist anderer Natur und hängt mit der Abwertung des Schillings zusammen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Aus-

nicht sehr genau sein. Deviseneingänge, welche durch Kapitalexport und schwarze Märkte dem offiziellen Verkehr entzogen werden, sind überhaupt nicht berücksichtigt.

Zahlungsbilanz Österreichs¹⁾

1949 bis 3. Vierteljahr 1950

Ausgänge	1949	1950		
		1. Vierteljahr in Millionen US-Dollar ²⁾	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
I. Einführen				
Kommerzielle Warenimporte (einschließlich ERP, indirekte Hilfe ³⁾)	397'29	95'50	93'90	73'68
ERP-Lieferungen (direkte Hilfe ³⁾)	194'20	44'20	31'76	25'58
Sonstige Hilfslieferungen	10'33	1'56	1'21	0'83
Strombezüge	1'90	0'11	0'16	0'20
Summe I	603'72	141'37	127'03	100'29
II. Dienstleistungen und Zinsendienst				
Fracht und Spedition	9'29	3'38	5'20	3'17
Reiseverkehr	2'61	0'58	0'82	1'30
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	8'58	1'76	1'98	2'11
Zinsen	0'58	0'16	0'11	0'14
Summe II	21'06	5'88	8'11	6'72
III. Rückzahlungen von Auslandskrediten	7'50	0'96	1'48	1'99
IV. Netto-Veränderung der kurzfristigen Auslands Guthaben und -verpflichtungen				
Uaufgeklärte Differenz	11'05	1'47	8'86	10'85
Summe der Ausgänge	643'33	152'35	145'48	133'67
Eingänge				
I. Ausführen				
Warenexporte ⁵⁾)	285'86	67'84	78'17	77'24
Stromlieferungen	5'67	0'54	1'73	2'11
Summe I	291'53	68'38	79'90	79'35
II. Dienstleistungen und Zinsendienst				
Fracht und Spedition	10'01	2'55	1'59	1'28
Reiseverkehr	3'48	0'98	2'71	9'47
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾)	24'29	4'77	5'76	7'81
Zinsen	—	—	—	—
Summe II	37'78	8'30	10'06	18'56
III. Inanspruchnahme von Auslands Guthaben ⁶⁾)	12'70	0'56	0'96	1'40
IV. Finanzierung des Defizits durch Hilfslieferungen				
ERP, direkte Hilfe	194'20	44'20	31'76	25'58
ERP, indirekte Hilfe ⁷⁾)	95'57	29'35	16'31	7'95
Sonstige Hilfslieferungen	10'33	1'56	1'21	0'83
Summe IV	300'10	75'11	49'28	34'36
Uaufgeklärte Differenz	1'22	—	5'28	—
Summe der Eingänge	643'33	152'35	145'48	133'67

¹⁾ Nach Angaben der Österreichischen Nationalbank. — ²⁾ Mit Rücksicht auf die Änderung des Schillingkurses erfolgt die Aufstellung der Zahlungsbilanzen in fremder Währung. — ³⁾ Für 1949 und 1950 unter Verwendung der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in fremde Währung umgerechneten Außenhandlungsergebnisse. — ⁴⁾ Post- und Nachrichtenverkehr, Diplomatische Dienste, Versicherungsgeschäfte u. a. — ⁵⁾ Bis Ende Juni 1950 einschließlich Drawing Rights. — ⁶⁾ Darunter auch Hilfslieferungen in Form von Krediten; über die Verpflichtung der Rückzahlung wurde noch nicht entschieden. — ⁷⁾ Bis Ende Juni 1950 Nettozahlen der Drawing Rights, ab Juli 1950 Initial Position.

fuhr. Das Ausfuhrvolumen stieg in den ersten drei Quartalen 1950 ständig, von 70 (1937 = 100) im Quartalsdurchschnitt 1949 auf 83, 93 und 96. Der Dollarwert der Ausfuhr veränderte sich hingegen nur wenig, von 71 Mill. \$ im Quartalsdurchschnitt 1949 auf 68 Mill. \$, 78 Mill. \$ und 77 Mill. \$ in den ersten drei Quartalen 1950. Das heißt, daß die Ausfuhrsteigerung, die durch die Schillingabwertung hervorgerufen wurde, durch den geringeren Gegenwert in harter Valuta pro Schilling wieder aufgewogen wurde. Die Austauschverhältnisse haben sich also für Österreich verschlechtert und es müssen

nun mehr Exporte für die gleiche Einfuhr hingegeben werden. Allerdings gilt das Gesagte nur im Falle harter Währung, nicht aber, wo es sich um den Austausch mit Ländern handelt, deren Währungen ebenfalls entwertet wurden und deren Außenhandelspreise nicht im vollen Ausmaß der Abwertung stiegen. Jedenfalls brachte erst die bedeutende Steigerung der Ausfuhr im vierten Quartal 1950 einen Deviseneingang mit sich, der mit 103 Mill. \$ auch in Hartwährung gemessen den Durchschnitt von 1949 beträchtlich übersteigt.

Immerhin reichten die Exporterlöse aus, die rückgängigen Importe, deren Volumen in den drei Quartalen 1950 ständig abnahm, zu finanzieren; im dritten Quartal 1950 konnte sogar ein Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Außenhandel erzielt werden. Aus diesem Grunde und dank einem höheren Aktivsaldo im Dienstleistungsverkehr erhöhte sich die Zunahme der Devisenbestände¹⁾ von 3 Mill. \$ im Quartalsdurchschnitt 1949 auf 9 und 11 Mill. \$ im zweiten und dritten Quartal 1950.

Im Gegensatz zum Außenhandel konnten die Einnahmen aus dem Reiseverkehr, obgleich hier der Schillingwert noch stärker sank, auch in Hartwährungswerten gemessen, bedeutend gesteigert werden. Hierin spiegelt sich die starke Elastizität der ausländischen Nachfrage nach verbilligten Ferienmöglichkeiten, zum Teil jedoch auch die Verdrängung des Devisenschwarzmarktes durch den Prämienkurs wider. Jedenfalls gelang es in der sommerlichen Hochsaison, im dritten Quartal 1950, auf diese Art die Devisenerträge aus dem Reiseverkehr auf 9½ Mill. \$ zu steigern, ein Betrag, der nahezu dreimal so hoch ist wie die Gesamteinnahme aus dieser Quelle im Jahre 1949. So erfreulich diese Steigerung ist, so muß doch bedacht werden, daß die starke Abwertung des Schillings gerade auf diesem Gebiet dazu führt, daß wir zur Aufbringung der Devisen relativ große Leistungen erbringen müssen und der Fremdenverkehr noch immer nur einen bescheidenen Beitrag zum Ausgleich unserer Zahlungsbilanz zu leisten imstande ist.

Der starken Zunahme der Eingänge aus dem Reiseverkehr ist es zu verdanken, daß die Dienstleistungsbilanz i. J. 1950 einen höheren Aktivsaldo ergeben wird als i. J. 1949. Die sonstigen Posten der Dienstleistungsbilanz ergeben zusammen zwar auch ein Aktivum, doch bleibt es hinter dem von 1949 zurück.

¹⁾ Diese scheinen als Ausgleichsposten unter den Ausgängen als „Nettoveränderung der kurzfristigen Auslands Guthaben und -verpflichtungen“ auf.